

Einheitsfront

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag II, Křižkova 15 • Tel. 2795, 31409, Nachred. (ab 21 Uhr): 3355 • Postamt: 57544

12. Jahrgang.

Mittwoch, 10. August 1932

Nr. 188.

Todesstrafe und Sondergerichte gegen Terrorakte.

Neue Notverordnung / Burgfriede verlängert

Berlin, 9. August. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung drei Beschlüsse gefasst, und zwar:

1. Die Verlängerung des morgen ablaufenden politischen Burgfriedens zunächst bis zum Ende dieses Monats. Der Versammlungstag am 11. August ist von dem Burgfrieden ausgenommen.
2. Eine Notverordnung über die Strafschärfungen bei politischen Terrorakten. Sondergerichte sollen für Berlin, die Provinzen Ostpreußen, Schlesien, Schleswig-Holstein und Brandenburg eingesetzt werden, zweifelhaft ist noch Braunschweig.
3. Die angekündigten Maßnahmen gegen die Terrorakte wurden dem Reichspräsidenten telephonisch zur Genehmigung unterbreitet.

Amtlich wird hiezu mitgeteilt: Reichspräsident und Reichsregierung haben sich entschlossen, zur Unterdrückung des politischen Terrors von den schärfsten Mitteln Gebrauch zu machen.

Politische Gewalttaten werden durch die heutige Verordnung des Reichspräsidenten unter schwerste Strafbrohungen gestellt, für die ernstesten Fälle wird die Todesstrafe angedroht. Das geltende Recht sieht die Todesstrafe vor für den Mörder, der mit Ueberlegung tötet, und für schwere Sprengstoffverbrechen. Rüstung hat auch der sein Leben verwirkt, wer ohne Ueberlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes, aus Jorn und Haß einen tödlichen Angriff auf seinen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet. Auch der wird mit dem Tode bestraft, der durch eine Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht.

Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren trifft denjenigen, der eine schwere Körperverletzung durch Anwendung einer Schusswaffe oder bei einem tätlichen Angriff auf einen Polizeibeamten verursacht. Die gleiche Strafe trifft alle, die sich an Aufruhr oder Landfriedensbruch in erschwerter Weise beteiligen.

Mit Zuchthaus wird künftig eine Reihe von Gewalttätigkeiten bestraft, die bisher nur mit leichten Strafen bedroht waren. Alle aus politischen Beweggründen begangenen Körperverletzungen, wenn sie von mehreren gemeinschaftlich mit einer Waffe oder einem gefährlichen Werkzeug verübt sind, stehen künftig unter Zuchthausstrafe, ferner alle Gewalttätigkeiten, die mit Schusswaffen begangen werden und jeder tätliche Angriff auf einen Polizeibeamten, wenn er auch nur zu einer einfachen Körperverletzung geführt hat.

Zuchthaus ist ferner angedroht für die leichteren Fälle des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs und, im Hinblick auf Vorkommnisse der letzten Zeit, für den aus politischen Beweggründen begangenen erschweren Landfriedensbruch.

Am die neuen schweren Strafbrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, hat die Reichsregierung für diejenigen Bezirke, in denen dafür ein Bedürfnis hervorgetreten ist, im Einvernehmen mit der zuständigen Landesregierung Sondergerichte errichtet. Die Sondergerichte sind Gerichte des Landes. Sie arbeiten nach einem beschleunigten Verfahren. Ihre Urteile sind kein Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar. Neben den durch die Verordnung des Reichspräsidenten neu geschaffenen Tatbeständen sind den Sondergerichten grundsätzlich auch alle leichteren Fälle der im politischen Kampf vorkommenden Straftatbeständen zugewiesen. Fälle von minderer Bedeutung sollen jedoch in der Regel dem ordentlichen Verfahren zugeleitet werden.

Es war erwogen, weitere strafverschärfende Bestimmungen zu treffen gegen diejenigen, die aus dem Hintergrunde die Massen zu Gewalttätigkeiten aufreizen. Einstweilen ist jedoch von tätigen solchen Maßnahmen mit Rücksicht darauf Abstand genommen worden, daß § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni bereits Gefängnis nicht unter drei Monaten für den droht, der öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen auffordert oder anreizt. Es wird nachdrücklich dafür gefordert werden, daß diese Strafverordnungen gegen jedermann, auch gegen die Presse, die zu einem Teil in letzter Zeit in unverantwortlicher Weise gehandelt hat, unmissverständlich zur Anwendung gebracht werden.

Keine Amnestie!

Die Reichsregierung erklärt, daß eine Amnestierung politischer Straftaten im schroffen Gegensatz zu ihrer mit den neuen Verordnungen verfolgten Absicht stehen würde, politische Gewalttaten unmissverständlich mit den schärfsten Maßnahmen zu bekämpfen. Sie wird von diesem Standpunkt aus, jedem etwa auftauchenden Wunsch nach einer Amnestie mit Nachdruck entgegenzutreten.

SA-Terror unvermindert.

Inzwischen haben die Verhältnisse in der nationalsozialistischen Partei einen solchen Charakter angenommen, daß die Zweifel darüber, ob die Führer die Bewegung noch in ihren Händen haben, immer mehr zunehmen. Die nicht enden wollende Reihe nationalsozialistischer Attentate wird als erstes Anzeichen einer Wahrung in den SA-Abteilungen angesehen, die ungeduldig die versprochenen „Taten“ erwarten und durch Gewalttätigkeiten ihre Unzufriedenheit mit den zaudernden Führern bekunden. Es mehren sich die Gerüchte über Konzentrationsbewegungen der SA-Abteilungen, über einen beabsichtigten Putsch und einen Marsch nach Berlin. Die gestrige Bewaffnung der Polizei mit Karabinern im Regierungsbezirk von Berlin hat diese Gerüchte nur verstärkt.

Die heutige Nacht hat eine große Anzahl von Terroraktionen gebracht, die wieder zum größten Teil auf das Konto der SA-Formationen zu buchen sind.

Handgranate zerlegt den Angreifer.

In Reichenbach (Schlesien) versuchte ein SA-Mann auf den Redakteur des sozialdemokratischen Blattes „Der Proletarier“ einen Handgranatenanschlag. Die Handgranate explodierte jedoch rechtzeitig und der SA-Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch in der Nacht verschied.

NSDAP verlangt Unmögliches:

Kabinetts der Köpfe mit Hitler an der Spitze!

Schleicher hat mit Hitler schon verhandelt.

Berlin, 9. August. (Conti.) Da Reichspräsident von Hindenburg am morgigen Mittwoch wieder in Berlin eintrifft, ist Staatssekretär Meißner bereits heute von seinem Urlaub zurückgekehrt. Ebenso ist Reichswehrminister von Schleicher seit heute nachmittags wieder im Amt.

Von halbamtlicher Seite wird bestätigt, daß Schleicher im Auftrage des Reichskanzlers in den letzten Tagen die bereits gemeldete Unterredung mit Adolf Hitler gehabt hat, um festzustellen, was der Führer der Nationalsozialisten in der Regierungsfrage überhaupt will.

Die von der Reichsregierung vorgeschlagene Lösung, daß nämlich die Nationalsozialisten einfach in die gegenwärtige Regierung aufgenommen werden sollen, daß sich aber sonst an der Struktur dieser Regierung nichts ändern würde, wurde von den nationalsozialistischen Führern abgelehnt. Dagegen stellten die Nationalsozialisten offiziell die Kandidatur Hitlers auf den Reichskanzlerposten auf und erklärten, daß ihnen andernfalls eine Beteiligung an der Regierung unmöglich sei.

Die „Nationalsozialistische Korrespondenz“ erklärt, daß das Ergebnis der Reichstagswahl seinen Niederschlag nicht in einer bloßen Beteiligung der NSDAP an der Regierungsbildung finden könnte,

Reichsbannermann erschossen.

So wurden in Ruppert bei Seidenberg auf den Reichsbannermann Hofmann, einen Maurer, der Vater von vier Kindern war, in der Nacht aus nächster Nähe zwei Schüsse abgefeuert; Hofmann ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

Sedsjähriges Kind schwer verletzt.

In Marienburg wurde gleichfalls in der Nacht ein Bombenattentat auf die Wohnung eines Vaders verübt, der sich nie politisch betätigt hat. Dabei wurde der sechsjährige Sohn des Vaders durch Sprengstücke am Kopf schwer verletzt.

Dynamit gegen sozialdemokratische Redaktion.

In Stettin wurde um 3 Uhr früh aus einem fahrenden Auto auf das Verlagshaus des sozialdemokratischen „Volksboten“ eine Dynamitbombe geschleudert, durch die die großen Schaufensterheben, die Eingangstür und zahlreiche Einrichtungsgegenstände der Geschäftsstelle sowie zahlreiche Schaufensterheben in den umliegenden Häusern zerstört wurden. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen.

Weitere Untaten.

In Wünschelburg, Kreis Neustadt, wurden heute früh sieben Schüsse auf die Wohnung eines Reichsbannführers abgegeben. Personen wurden nicht verletzt.

In Münsterberg erfolgte heute nachts ein Feuerüberfall gegen das Haus der Münsterberger Zentrumszeitung und gegen ein Geschäftshaus. Personen wurden nicht verletzt.

In Waldenburg wurden heute nachts wegen unbefugten Waffenbesitzes elf Angehörige der NSDAP festgenommen. Man fand bei ihnen zwei Trommelrevolver, eine Selbstladepistole und verschiedene Schlagwerkzeuge.

Auf das Haus des Gemeindevorstehers in Marlowitz, eines bekannten Polenführers, wurde heute nachts ein Handgranatenanschlag verübt.

Gegen das Konsum-Lager in Nieder-Heidersdorf wurden in der vergangenen Nacht Schüsse abgegeben, eine Stielhandgranate und eine Flasche mit explosiver Flüssigkeit geworfen.

In Gleiwitz wurde vor die Wohnung des kommunistischen Stadtverordneten Behr eine Stielhandgranate geworfen. Personen wurden nicht verletzt; der Sachschaden jedoch war erheblich.

Hindenburg will Papen halten.

Wie es scheint, will sich der Reichskanzler diesem Diktat der Nationalsozialisten nicht beugen und verschiedenen Gerüchten zufolge scheint er darin im Präsidenten Hindenburg eine Hauptstütze zu haben. Während seines mehrtägigen Aufenthaltes in Berlin wird Reichspräsident von Hindenburg, wie amtlich mitgeteilt wird, keine Parteiführer zu Beratungen empfangen, sondern mit den Verhandlungen über die Umbildung der Regierung den bisherigen Kanzler betrauen. In politischen Kreisen wird dieser Entscheidung des Präsidenten eine demonstrative Charakter zugeschrieben. Dadurch soll zu erkennen gegeben werden, daß der Reichspräsident keine Änderung in der Person des Kanzlers vorzunehmen wünscht.

Wieder einmal kommunistische „Einheitsfront“.

Gottwald schreibt an falsche Adressen!

Der selbe Oberkommunist Gottwald, der bei der letzten Streikbewegung in Nordwestböhmen mit tschechischen Faschisten und deutschen Sakentkrenzern die Einheitsfront gegen die freien Gewerkschaften herstellte, derselbe Gottwald, der damals im Parlament Tausende Klassenbewußter sozialdemokratischer Bergarbeiter als Streikbrecher beschimpfte, weil sie sich nicht unter die Führung eines Malik, Proskot oder Vrbensky begeben wollten, ist auf einmal in heißer Einheitsfrontliebe zu den sozialdemokratischen Arbeitern entbrannt. Er sendet in neuester Zeit deutschen und tschechischen Vertrauensmännern der sogenannten „Sozialfaschisten“ eine gedruckte Einladung zu ausgiebiger Einheitsfrontdiskussion — natürlich in der kommunistischen Presse — ins Haus.

Wir sind der Aufgabe enthoben, Sinn und Zweck dieser Aktion kritisch zu beleuchten, denn in dankenswerter Offenheit hat dies bereits die vom westeuropäischen Sekretariat der Moskauer Richtung herausgegebene „Internationale Presse-Korrespondenz“ in der Ausgabe vom 5. August besorgt. Dort schreibt ein Herr Oldner aus Prag:

„Die KPZsch. führt seit mehr als zwei Jahren eine immer systematischere Arbeit um die Gewinnung der sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Arbeiter für den gemeinsamen revolutionären Kampf mit den Kommunisten. Diese Arbeit läuft auch auf der Linie der Diskussion mit den sozialdemokratischen, nationalsozialistischen und nichtorganisierten Arbeitern. Die ersten, nicht erfolgreichen Versuche wurden vor dem VI. Parteitag der KPZsch. gemacht, in Form von Fragen und Antworten an sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter. In den Weisungen an die Arbeiterkorrespondenten wurde immer mehr die Notwendigkeit der Gespräche, der Interviews mit nichtkommunistischen Arbeitern betont.“

Der erwähnte Artikel-Brief Gottwalds „Sich vereinigen — kämpfen — siegen“, so berichtet Oldner weiter, sei nur eine Fortsetzung dieses löblischen Tuns. So weiß man also aus bester Quelle, worum es diesmal wiederum geht: um die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen „revolutionären Kampf“ mit den Kommunisten, selbstverständlich unter kommunistischer Führung. Die Fortsetzung der bisherigen konterrevolutionären Spaltungsarbeit in den sozialdemokratischen Organisationen, trotz höchster Gefahr für die Arbeiterklasse, wird da mit gewundenen Worten offen angekündigt. Weit unvorsichtiger hat die Führung der reichsdeutschen Kommunistenpartei diese Absicht zugegeben. Zu Beginn des verflochtenen Reichstagswahlkampfes bot die sozialdemokratische Führung den Kommunisten einen Waffenstillstand an. Darauf gab die Zentrale der KPZsch. in einem vertraulichen Rundschreiben an ihre Organisationsstellen folgende Weisung heraus:

„In unserer gesamten Politik wie auch in der Führung des Wahlkampfes bleibt nach wie vor die strategische Orientierung ausschlaggebend, wonach wir den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie führen müssen. Wir schlagen die SPD am besten, indem wir die SPD-Arbeiter zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, gegen das Unternehmertum, gegen die imperialistische Kriegshetze gewinnen.“

Bekämpfung und Vernichtung der Sozialdemokratie, das war die Hauptaufgabe der reichsdeutschen Moskowiter in der Stunde der höchsten Gefahr eines faschistischen Durchbruches. Den Sozialdemokraten einige Mitglieder abzugeben, war ihnen wichtiger als die Zurückgewinnung der proletarischen Nach-

läufer der Nazis. Während von unserer Seite ausschließlich der Kampf gegen rechts geführt wurde, benützten die Kommunisten drüben diesen proletarischen Burgfrieden dazu, die Sozialdemokratie in den letzten Stunden vor der Wahl mit den gemeinsten Flugblättern zu überschütten. Glaubt ein Mensch mit gesunden Sinnen, daß die neueste Einheitsaktion der tschechoslowakischen Kommunisten etwas anderes im Schilde führt, als Mitgliederfang in den sozialdemokratischen Reihen?

Die Briefe des Herrn Gottwald waren sämtlich falsch adressiert! An das allmächtige Exekutivkomitee in Moskau hätte er sie richten müssen. Dann wäre er allerdings heute nicht mehr Führer der KPČ. . . Die Einheitssehnsucht jedes Sozialdemokraten ist auch ohne briefliche Nachhilfe von dieser Seite so tief, daß selbst zwölf Jahre kommunistischer Tollheiten sie nicht auszulöschen vermochten. In den letzten Monaten, insbesondere seit der ersten Bedrohung Sowjetrusslands durch den japanischen Imperialismus haben uns wir Sozialdemokraten immer wieder die Frage vorgelegt, ob denn in der ganzen III. Internationale nicht ein einziger vernünftiger Mensch sitzt, der zu einem aufrichtigen Waffenstillstand mit den politischen und gewerkschaftlichen Weltorganisationen der Sozialdemokratie rät. Wenn die Moskauer schon gesonnen sein sollten, weiterhin die Lebensinteressen der Arbeiterklasse Westeuropas mit Füßen zu treten, sie lieber dem Faschismus auszuliefern als unter sozialdemokratischer Führung zu lassen: die Sorge um das Schicksal der russischen Revolution sollte sie zum Einlenken bewegen. Indessen hat Moskau die offenen Solidaritätsbeschlüsse der Arbeiter-Internationale mit neuen Spaltungsfanfaren beantwortet. Diese Tatsachen, die sich vor den Augen der proletarischen Öffentlichkeit abspielten, sprechen lauter als die Einheitsdolmetschen des Herrn Gottwald.

Wir wollen nicht alle Meinungsverschiedenheiten neu aufwärmen, die zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten seit der Spaltung bestanden, sondern nur aufzeigen, daß in einem entscheidenden Punkt die bolschewistische Taktik von falschen Voraussetzungen ausging. Die Hoffnung der Komintern, die Sozialdemokratie überrennen zu können, ist auf der ganzen Linie gescheitert. Wo der Bruderkampf am heftigsten geführt und die Vernichtung der Sozialdemokratie am eifrigsten betrieben wurde, im Reichsberg-Gablonzer und Kladover Gebiete, in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet, dort ist heute der faschistische Einfluß auf die Arbeiterchaft am stärksten. Niederringung der Sozialdemokratie ist nur möglich um den Preis der Faszisierung des Proletariats. Mit jedem Arbeiter, den die Kommunisten uns ablüsten, treiben sie zwei andere in das Lager des Indifferentismus oder direkt zur Konterrevolution hinüber. Darum werden sich die Moskauer Diktatoren und ihre hiesigen Filialleiter endlich daran gewöhnen müssen, die Sozialdemokratie als Ganzes zu nehmen und als Ganzes bestehen zu lassen, wenn sie nicht selbst unter den Schlitzen kommen

wollen. Das Vertrauen unserer Arbeiter zu einem Dr. Czech ist trotz zwölfjähriger „Entlarbung“ noch zwölfmal größer als das der kommunistischen Arbeiter zu ihrem Gottwald. Darum spart euch die Mägen, die Briefe! und Diskussionen! Der sozialdemokratische Arbeiter und Vertrauensmann wird immer fragen: Was wird aus meinen Kampforganisationen, aus den Gewerkschaften, Genossenschaften, Kulturorganisationen, die ich selbst mit aufgebaut habe? Den letzten Organisationschaos einzutauschen gegen das kommunistische Organisationschaos, die hart errungene Klarheit der Kampfmethoden preiszugeben für irgendwelche nebelhafte und kindische Aktionen (man denke nur an all die vertrackten Generalstreikparolen und „Roten Tage“), die in Menschenaltern bewährten Führer zu verlassen und mit Paul Reimann zu erwarten,

daß sie im Verlauf ihrer Kämpfe eben die richtige Führung finden werden — nein, solche politische Analphabeten sind die sozialdemokratischen Arbeiter denn doch nicht. Vor allem mögen die Kommunisten durch die Tat beweisen, daß sie die Einheitsfront wollen und die Spaltungsarbeit gegen Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften einstellen. Dann mögen sie das Waffenstillstandsangebot Moskaus an die Züricher und Amsterdamer Internationale vorweisen. Und schließlich sollen sie Aufklärung darüber geben, ob sie die Einheitsfront wollen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiterklasse, durch Unterordnung der Minorität unter die Mehrheit in den programmatischen und taktischen Fragen, die allein erfolgreiche sozialistische Aktionen verbürgt!

Bolksportprozeß in Brünn.

Zweiter Verhandlungstag: Weitere Einvernahme der Angeklagten.

Brünn, 9. August. Der Prozeß gegen die sieben Nationalsozialisten wurde heute vor dem Brünnener Kreisgericht fortgesetzt. Die bereits am ersten Verhandlungstag aufgetretene Persönlichkeit des Staatsanwaltes und der Verteidiger verstärkte sich im Laufe der heutigen Verhandlung noch weiter, so daß der Vorsitzende wiederholt energisch eingriff. Insbesondere der Staatsanwalt beschwerte sich in einer nach der Mittagspause abgegebenen Erklärung über das Verhalten der Verteidigung. Außerdem beschwerte sich der Staatsanwalt, daß die Verteidiger seine Maßnahmen mit unpassenden Bemerkungen begleiteten.

Die Verhandlung, die zum größten Teile von weiteren Einvernahmen der Angeklagten ausgefüllt war, nahm stellenweise rein politischen Charakter an. Insbesondere Donnhäuser und Haider verteidigten ihre Aussagen zu politischen Kundgebungen für den Nationalsozialismus zu gestalten. Sämtliche Angeklagte sagten analog aus, daß der B. S. im Gegensatz zu den Behauptungen der Anklage keine militärische Organisation sei und daß keinerlei Verbindung mit den reichsdeutschen Nationalsozialisten bestünde. Insbesondere die letzteren Behauptungen werden so weit auf die Spitze getrieben, daß z. B. Wegner behauptete, nicht zu wissen, wer Dr. Goebbel sei. Ebenso einheitlich sind die Aussagen der Angeklagten gegen die Wichtigkeit der Polizeiprotokolle. Da der Vorsitzende eindeutig erklärte, daß die unbewiesenen Behauptungen der Polizei für das Gericht keine Beweise darstellen, und der Senat beschloß, den Prager Leiter der Polizeifunktion gegen die Nationalsozialisten, Polizeirat Breininger, als Zeugen vorzuladen, dürfte diese Zeugnisinvernahme die strittigen Tatbestände wesentlich aufklären und den Höhepunkt des Prozesses bilden.

Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung wird die Einvernahme Wegners mit einigen Fragen des Staatsanwaltes beendet. So erkundigt er sich, ob es Wegner bekannt ist, daß Walter Kiehl (wahrscheinlich der Wiener Nazi-Führer, D. Red.) im Prager Studentenbund einen Vortrag hielt. Wegner bestreitet dies. Hingegen gibt er an, daß Dr. Goebbel (Berlin) in einer polizeilich bewilligten öffentlichen Studentenversammlung zum Thema „Student und Arbeiter“ sprach, will aber nicht wissen, wer dieser Dr. Goebbel ist!

Run wird Peter Donnhäuser einvernommen. In einer längeren, sehr demonstrativen Rede nimmt er gegen die Anklage, in deren Sinne er sich nicht als schuldig bekennt, Stellung. Es gehe aus der Anklage nicht hervor, wann, wie, mit welchen Mitteln und auf welche Weise er die ihm zur Last gelegten Anschläge gegen den Staat begangen haben sollte. Für das Programm der D. N. S. A. P. hält er sich nicht verantwortlich, da er niemals eine Funktion innerhalb der Partei bekleidet hätte. Wenn man trotzdem gegen ihn die Anklage erhob, so gehörten ebenso alle anderen Nationalsozialisten der Republik auf die Anklagebank. Er bestreitet, von finanzieller Unterstützung aus dem Reiche etwas gewußt zu haben und bezeichnet die Polizeiprotokolle, laut denen er früher das Gegenteil aus sagte, als unrichtig. Ueber Antrag des Staatsanwaltes beschließt das Gericht gegen Protest der Verteidigung, auch dieses Polizeiprotokoll verlesen zu lassen.

Nach einer längeren Schilderung der bei ihm vorgenommenen Hausdurchsuchungen beschließt sich der Angeklagte mit dem R. S.-Jugendverband, dessen böhmischer Landesführer er war. Der Verband hätte lediglich das Ziel gehabt, die Jugend moralisch und körperlich zu erziehen. Jede militärische Absicht in der gesamten Vereinsstätigkeit stellt er entschieden in Abrede.

Die Einvernahme wendet sich dann einer bei Donnhäuser gefundenen Landkarte der Tschechoslowakei zu, auf der das sudetendeutsche Sprachgebiet und das Gebiet des Deutschen Reiches in derselben Farbe gezeichnet ist. Die Staatsanwaltschaft hält dies für eine Karte des dritten Reiches. Donnhäuser erklärt, daß es sich um eine offizielle Beitritts-erklärung zur D. N. S. A. P. handelt, die in vielen tausenden Exemplaren von den Behörden unbeanstandet zirkulierten. Donnhäuser bestreitet ferner jede organisatorische Verbindung des Jugendverbandes mit der Partei und dem B. S., dem er selbst auch nicht angehört. Als ihm vorgehalten wird, daß man bei ihm eine Aufzeichnung mit dem Schlagwort „B. S. Weidlig“ gefunden hätte, also doch eine Verbindung mit dem B. S. bestanden haben müsse, erwidert er, daß es sich da um eine Freundin handle, mit der er in reger Korrespondenz gestanden sei und die er als Verbandschwester Weidlig bezeichnet hätte. Er gibt bloß eine ideenmäßige Verwandtschaft aller nationalsozialistischen Organisationen zu.

Der Staatsanwalt verweist darauf, daß bei Donnhäuser das Programm eines Führerartikles mit Anleitungen zu Geländebungen — der Angeklagte bestreitet — gefunden wurde, und fordert Donnhäuser auf, sich dazu zu äußern, erhält jedoch trotz längerer Auseinandersetzungen mit dem Angeklagten und der Verteidigung und mehrmaliger Wiederholung der Frage nur ausweichende Antworten. Schließlich springt der Staatsanwalt erregt auf, schlägt auf den Tisch und ruft: „So kommen wir nicht weiter! Es ist um jedes Wort schade! Ich werde das ganze bei Ihnen vorgefundene Material hier verlesen lassen und wenn wir zwei Monate hier sitzen!“ Die bei Donnhäuser gefundenen Beweisstücke sollen mehrere hundert Dokumente ausmachen.

Ing. Haider sucht möglichst demonstrativ aufzutreten. Ebenso wie Donnhäuser schwirrt er große Reden und schwirrt in Phrasen. Auch er bekennt sich nicht als schuldig. Er sei nicht Senior (Obmann) des R. S.-Studentenbundes gewesen, wie die Anklage behauptet, sondern bloß „Alter Herr“, hätte sich nicht um organisatorische Angelegenheiten gekümmert und nur ein paar Vorträge gehalten. Zur Abfassung eines Flugblattes über die Autonomie hätte er einmal einen alten Aufsatz zur Verfügung gestellt.

Vorsitzender und Staatsanwalt erörtern mit dem Angeklagten ausführlich das Programm der sudetendeutschen Nationalsozialisten. Haider bestreitet jede Verbindung mit Deutschland. Das Programm der D. N. S. A. P. sei die Erreichung der sudetendeutschen Autonomie mit den verfassungsmäßigen Mitteln auf legalen Wege. Mit den Dilettanten bestehe bloß eine „Gemeinschaft der Weltanschauung“, nicht aber eine des politischen Programms und der politischen Taktik. Gemeinsam sei bloß das Endziel, das deutsche Volk wieder zu Ruhm und Ansehen zu bringen.

Staatsanwalt: Äußern Sie sich zum § 1 des Programms der D. N. S. A. P.: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland“.

Dr. Dembicki antwortet statt des Angeklagten: „Der Paragraph hat schon längst keine Gültigkeit mehr!“ (Es handelt sich dabei um den ersten Punkt des sogenannten „unabänderlichen“ Programms Adolf Hitlers! D. Red.)

Der Staatsanwalt legt schließlich einen angeblich belastenden Zeitungsartikel Haiders vor. Haider jedoch erblickt gerade in dem Inhalt dieses Artikels eine Bestätigung der Legalität seiner Auffassung. Er gehörte dem B. S. nicht an und kann keinerlei Angaben über diese Organisation machen.

Schwab fühlt sich nicht schuldig. Er war ausführender Kassier des Studentenbundes und Mitglied der Sportabteilung und stellt jedes Wissen und jede Beteiligung am B. S.-Betrieb in Abrede. Vor einer Monatsversammlung des Studentenbundes hätte ihm Wegner als Ergänzung seines Kassaberichts einen Kostenvoranschlag für die Gründung einer Zeitung diktiert. Dann hätte er ihm ein Blatt übergeben mit der Anweisung, sich daraus weiter über die Zahlen des Voranschlags zu informieren. Schwab hätte das Blatt, ohne es zu lesen, zu sich genommen, nicht benützt und bei seinen Papieren liegen gelassen. Dies sei das Konzept des Briefes an Rogif in Dresden. Schwab behauptet, über alle damit in Zusammenhang stehenden Fragen vollkommen informiert zu sein und den Inhalt des Briefes erst

Der Niemand rebelliert

Die Geschichte eines Arbeiters.

Von Karl Hans Schöber und Erich Kraus.

„In der Stadt geht's umdum!“
 Hart an der Mauer drängen wir durch die Straßen. „Wir lassen nicht los!“ Und dann rennt Dieten nach vorn.
 „Frauen und Kinder zurück! Sie wollen uns mit Bajonetten und blauen Bohnen zum Kuschen bringen!“
 Wir schieben einige Frauen hinter die Männer. Die Frau, die ich zurückdrängen will, springt vor: „Soll'n uns zusammenschließen, hab'n eh nix zu fressen!“
 „Nieder mit der Bande!“ Ein Kamerad stürmt mit einer Holzlatte vor.
 Die Soldaten kommen näher heran. Eine verfluchte Situation.
 „Schließt uns zusammen, daß Ruh' wird!“
 Jemand fällt ein Schuh. Angeln pfeifen in die Menge. Frauen und Kinder schreien auf. Wir springen auseinander. Ich suche Deckung hinter einem Lichtmast. In unmittelbarer Nähe schlägt eine Angel ein. Eine Frau fällt vornüber zu Boden. Ich bekomme einen Schlag auf den Kopf und schnappe zusammen. Springe aber wieder hoch. Unsere Reihen werden immer lichter. Bis jetzt sind nur drei Schwerverletzte, aber die Menge zerstreut sich nach allen Richtungen. Wir können uns nicht mehr rühren. Eine Gendarmerieabteilung fällt uns in den Rücken. Wir sind eingekreist. Die in den vordersten Reihen werden verhaftet.

nicht herauszubringen sind, in den Kaffeehäusern beim Erzählen ihrer Fronterlebnisse die Schnauze bis zu den Ohren aufzustecken.
 Durch die Drehtür eines Kaffeehauses zieht eine Anzahl lärmender Offiziere. Wie die Säbel rasseln und die Knöpfe funkeln! Prasselnde Muffel geht auf.
 Die Schreien der Drehtür gehen in Trümmern. Ein Offizier steht unsicher vor uns, ein Weinglas in den Pfoten. „Raus da!“
 Einer erwischt ihn und wirft ihn zu Boden. Ein kaum belledetes Weib flüchtet durch ein Fenster. Ich entreihe einem Fähnrich die Pistole und schlage sie ihm ins Gesicht. Mir ist alles egal, ich bin in der Wolle.
 Dieten kämpft wie ein Bär. Er hat schon etliche verdonnert. Die Tische und Stühle liegen umher.
 Einer zieht den blankgeputzten Säbel. „Wo ist die Wache! Wache!“
 „Drunten an der Piave!“ Gunda überrennt ihn und setzt ihm ein Glas auf den Schädel.
 „He, Genossen, tschappa!“ Dieten drängt uns zu den Fenstern. „Aber fix!“
 Wir verlaufen uns in der Stadt. Die Gendarmerie ist auf den Weinen. Wenn die einen erwischen, müssen sie Glück haben.
 „Mit der Zeit blühen Gasköpfe!“ Dieten ist ein gemütlicher Kerl. „Wenn wir zusammenhalten, erreichen wir alles.“

V. Kapitel.

Wir kommen...

Ich stehe auf der „Lore“ und schüre das Feuer, um Dampf zu bekommen. Die „Lore“ ist eine Lokomotive der Schmalpurbahn. Das ist ein Betrieb! Wir können nicht einmal Frühstück halten. In allen Hallen schreit es: „He, Maschine!“

Dieten reißt den Regulator auf. Die Lore zieht an und stampft vorwärts. Ich halte die Bremse. Immer, wenn wir eine Halle passieren, signalisieren wir mit der Dampfpeife. Uns fliegt ein Wagen aus dem Geleise.
 Die Vorgesetzten sind zur Stelle. „Schweinererei, was ihr habt! Nächstens gib's Strafe!“
 Wir haben keine Zeit, hier länger stehen zu bleiben. Ueber uns läutet die Kranglocke.
 „He, Lore!“ ruft jemand.
 Wir fahren immer toller und dürren uns nicht mehr an die vorgezeichnete Fahrgehwindigkeit halten. Von uns aus! Zu verantworten werden das die Vorgesetzten haben, wenn ein Unglück geschieht. Wir nicht!
 Vor einem großen Gasofen halten wir. Zwölf Mann stehen vor den hochgezogenen Ofenluren. Die Kameraden schwenken und dampfen wie die Pferde. Ueber ihnen huscht der Kran vorbei. Er trägt in zwei Zangen einen rotglühenden Stahlblock.
 Drüben schließt ein Kamerad die Ofentür. Ein anderer springt zu ihm hin und hält ihn. Noch zwei Mann laumeln vor dem Ofen und halten sich das Schürzjuch vor die Stirn. Dann fallen sie um wie die Fliegen.
 „Ich brauche Erfräskente!“ schreit der Arbeiter. „Die Bande hält nix mehr aus!“
 Dieser Schweinehund hat es leicht. Er arbeitet nur mit der Schnauze.
 Dieten spuckt Galle: „Zu fressen haben wir nichts, aber Granaten müssen sein!“
 „He, Lore!“ Der Kamerad braucht die Maschine. Ueber zwanzig Mann hängen an einem Wagen, um ihn fortzuschleppen.
 „Das muß ohne Dampf gehen!“ brüllen die Vorgesetzten. „Drauf!“
 Wir schieben mit der Lore den Wagen weiter. Für was haben wir Lokomotiven. Zur Parade nicht!
 Gassan ist da: „Gassa, wie heißt ihr?“
 Er will uns zum Rapport aufschreiben, weil

wir mit der Maschine den Kameraden geholfen haben. Die Proleten sollen sich schinden, bis sie verreden.
 „Druck dich, Karnaffe!“ Dieten zittert vor Wut. „Er läßt Gassan stehen und fährt fort.“
 Viele Kameraden umstellen uns. „Was ist mit den Fratzbuben?“ fragt einer. Seit vier Wochen hat man uns die Lebensmittellationen gekürzt. Die Soldaten an der Front sollen viel Hunger haben,“ erzählt uns der Alte. Wir sollen herhalten!
 „Heut' abend beim Hüttenkonsum!“ sagt Dieten.
 „Sie werden uns wieder einsperren!“ ruft einer.
 „Gaal, wir müssen die Galunken überzeugen, daß wir Proleten sind!“ Dieten signalisiert mit der Dampfpeife. „Kameraden, her da!“
 Die Kameraden der Halle bliden zu uns herauf. Der Ruß liegt auf den abgemagerten Gesichtern.
 „Heut' abend — — Hüttenkonsum!“ ruft Dieten.
 Sie ballen die Fäuste: „Wir kommen!“
 Wir fahren mit Wasserdampf voraus. Einmal gibt Gassan Haltzeichen. „Ich fahre mit!“ ruft er.
 Er will sich auf der Maschine verfrachten um die Arbeiter in den Hallen besser bespökeln zu können.
 Dieten wehrt ab: „Unberufene haben hier am Führerstand nichts verloren.“
 Die Schicht ist beendet. Wir schieben uns durch das Hüttenrot auf die Straße. Beim Hüttenkonsum verammeln wir uns. Niemand öffnet das Fenster. „um Gottes Christus Willen!“ und schlägt es wieder zu.
 Einer spricht zu uns: „Wie lang sollen wir noch Hunger leiden?“
 „Bis wir freipiert sind!“
 (Fortsetzung folgt.)

Ultimatum der Neutralen von Erfolg begleitet?

Washington, 9. August. (Reuter.) Die Vereinigten Staaten, Mexiko, Kuba und Kolumbien haben Bolivien und Paraguay aufgefordert, vom 10. August 1932 morgens ab, alle militärischen Operationen und Vorbereitungen auf der Grundlage des status quo vom 1. Juni einzustellen. Paraguay soll dem Vorschlage zugestimmt haben.

Man glaubt, daß auch die bolivianische Regierung dem Ersuchen, die Feindseligkeiten einzustellen, nachkommen wird.

bei der polizeilichen Einvernahme kennen gelernt zu haben.

So wie alle anderen Angeklagten erklärte auch der eigentliche Vertreter des V.-S., Mling, sich völlig unschuldig. Er bekennt sich zur politischen Auffassung des Nationalsozialismus, bestreitet aber jede gegenstaatliche Betätigung. Mling war ursprünglich Gauführer in Lobositz. Nach der Auflösung dieses Gaues wurde er Stellvertreter des böhmischen Landeskommandanten und Aufseher Gauführers Krebs. V.-S.-Uebungen auf dem Wilschauer, die Mling laut Anklage kommandiert haben soll, stellt der Angeklagte so dar, daß die Aufseher, Lobositzer und Leptitzer V.-S.-Gruppen bloß einen Ausflug zur Beobachtung des Sonnenlaufes veranstaltet hätten. Schließlich hätten sie sich zu einem Schweineschlachten betätigt, von militärischen Uebungen sei niemals die Rede gewesen. Der V.-S. sei von der Partei ins Leben gerufen worden, um der Verlotterung der Jugend entgegenzutreten. Strenge Disziplin sei notwendig, damit die uniformierten Mitglieder die Partei nicht kompromittieren. Die Uniformierung sei nach dem Muster der S.A. erfolgt. Wenn ein geheimes Programm der Nationalsozialisten bestehen sollte, von dem die Anklageschrift spricht, demzufolge die Partei irredentistische Ziele verfolgt hätte, so sähe er sich dafür nicht verantwortlich, doch halte er die Existenz eines derartigen Programmes für ausgeschlossen. Die Organisation des V.-S. sei überhaupt sehr mangelhaft gewesen.

Mling kritisiert scharf die Fulmeyer Zentrale, wo angeblich die zwölfjährige Tochter des Abgeordneten Schubert die Korrespondenz der Verbandsleitung führt. Von gemeinsamen Uebungen des V.-S. und der S.A. bei Peterwald und Friedland, welche die Anklageschrift erwähnt, wisse er nichts.

Vor der Einvernahme des letzten Angeklagten Palliege gibt der Staatsanwalt eine Erklärung ab, in der er sich scharf dagegen verwahrt, daß sich die Verteidiger durch Bemerkungen über ihn und das Verfahren lustig machen und durch ständige Zwischenrufe die Verhandlung stören. Der Vorsitzende teilt diese Ansicht des Staatsanwaltes und weist die Verteidiger zur Ruhe, die ihrerseits ein ähnliches Ersuchen an den Staatsanwalt richten. Nach diesem Intermezzo verläßt die Verhandlung etwas ruhiger.

Palliege befreit, Sekretär des Studentebundes gewesen zu sein; er sei bloß Schriftführer gewesen. Außerdem gehört er dem Jägerndorfer V.-S. an. Die Tätigkeit des V.-S. war rein sportlich. Der Vorsitzende hält ihm vor, daß bei ihm ein Schriftstück gefunden wurde, in dem die Wendung ist:

... „daß wir in Prag die absolute Mehrheit erreichen werden und tausende sudetendeutsche Studenten in braunen Hemden auf den Barricaden oder in Schanzens für die Freiheit kämpfen werden.“

Palliege erinnert sich an dieses Schriftstück nicht und kann daher keine Auskunft darüber geben, solange es ihm nicht vorgelegt wird. Eine vom Staatsanwalt vorgelegte Geldbestätigung für ein Winterlager kann Palliege, der sie unterschrieb, auch nicht erklären. Damit ist die Einvernahme der Angeklagten beendet.

Durch neuerliche Befragung läßt Dr. Starf feststellen, daß die sieben Angeklagten einander größtenteils überhaupt nicht oder nur flüchtig kannten, daß sie sich also zu Anschlägen gegen den Staat nicht zusammengeschlossen hätten. Ferner behaupten die Angeklagten nachträglich, daß es Chargenabzeichen beim V.-S. nur vereinzelt gegeben habe, daß zentral keine derartige Anweisung an die Gruppen ergangen ist.

Hierauf wird die Polizeianzeige verlesen. Nach Verlesung der ersten Anzeige ergriß Dr. Starf das Wort und beantragte die Einvernahme des Polizeirats Breininger, der die zahlreichen Widersprüche in den Polizeiprotokollen und die Angaben der Angeklagten vor dem Untersuchungsrichter aufklären solle. Dr. Haller verlangt, daß Dr. Breininger über die in der Anzeige angelegten Kombinationen Auskunft erteile.

Der Vorsitzende stellt daraufhin fest: Die Reduktionen der Polizei sind irrelevant, wenn sie keine Beweise erbringen. Konklusionen der Polizei bilden für das Gericht keine Beweise. Daß die Einvernahme des Polizeirats Breininger aktuell ist, ist klar. Es handelt sich nur darum, bis zu welchem Grade die Einvernahme notwendig ist. Nach einer kurzen Polemik des Staatsanwaltes zieht sich der Senat zur Beratung über die Anträge der Verteidiger zurück.

Schließlich wird entschieden: 1. Die Polizeiprotokolle werden als wichtige Bestandteile des Prozesses vollständig verlesen; 2. Polizeirat Breininger wird als Zeuge vorgeladen, weil das Verfahren ergeben hat, daß die Angeklagten die Wichtigkeit des Polizeiprotokolles bestreiten. Zur Klärung dieser Frage ist die Einvernahme des Polizeirates Breininger notwendig.

Die Verhandlung wird hierauf auf morgen vertagt.

Erstes Berufskraftfahrertreffen in Bodenbach.

Eine machtvolle Kundgebung der Berufskraftfahrer: 2000 Teilnehmer.

Der Verband deutscher Berufskraftfahrer mit dem Slogan in Aussicht hielt Sonntag, den 7. August in Bodenbach sein erstes Treffen ab und es gelang ihm, bei seinem ersten derartigen Versuch eine machtvolle Kundgebung in Szene zu setzen. Nicht nur aus allen deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, sondern auch aus dem benachbarten Sachsen hatten sich zahlreiche Gäste — es waren deren weit über 500 — eingefunden. Mit der Bahn, mit Autobussen, Autos und Motorrädern waren sie gekommen, um für ihre Forderungen auf sozialpolitischen und verkehrstechnischem Gebiete zu demonstrieren.

Eingeleitet wurde die Kundgebung mit einer großen, eindrucksvollen Auffahrt durch Bodenbach und Teichken an der 30. Autobusse, 20 Autos und 21 Motorräder teilnahmen. Besonders Aufsehen erregten die gewaltigen sechsachsigen Autobusse aus Dresden, Leipzig und Chemnitz. Leider erwies sich die Kettenbrücke wieder als ein großes Verkehrshindernis. Die Autobusse konnten die Kettenbrücke nur einzeln passieren. Dadurch trat eine große Verzögerung ein und es war bereits halb 12 Uhr, als der letzte Wagen auf dem Schulplatze in Bodenbach eintraf.

Hier eröffnete Genosse Münzberg die Manifestationsversammlung. Er begrüßte insbesondere die Vertreter der Partei und der Zentralgewerkschaftskommission sowie die Vertreter des Arbeiterrats und Kraftfahrerbundes. Begeisterter Zustimmung fand er, als er den reichsdeutschen Genossen und den Verbandsobmann des deutschen Bruderverbandes, Gen. Reiz-Berlin proletarische Grüße entbot.

Als erster Redner sprach Abg. Genosse Schweichhart. Seine Ausführungen richteten sich besonders an die reichsdeutschen Genossen, die er der brüderlichen Solidarität versicherte und deren heroischen Kampf gegen den baltentnazifaschismus er würdigte. In scharfen Worten wendete er sich dann gegen eine angebliche Verfügung der politischen Behörde in Teichken, nach welcher das Mitführen von roten Fahnen mit den drei Pfeilen verboten werden sollte. Den Forderungen der Berufskraftfahrer sagte er die nachdrücklichste Unterstützung der Partei und des parlamentarischen Klubs zu.

Verbandssekretär Genosse Dietl-Auffig, sprach dann über die Bedeutung der freien Gewerkschaften und über die Notwendigkeit einer Berufsorganisation der Kraftfahrer. Er verwies auf die Mängel der bestehenden, längst veralteten verkehrsgesetzlichen Bestimmungen und forderte eine zeitgemäße Verkehrsregelung. Unter anderen Forderungen der Berufskraftfahrer befanden sich die Einhaltung des 8-Stundentages, Urlaub, Pensionsversicherung u. a. m. Er schloß mit einem Appell zur Stärkung des freigeberischen Gedankens unter den Berufskraftfahrern.

Dann überbrachte Genosse Reiz-Berlin, die Grüße der reichsdeutschen Bruderorganisation. Zum Schluß sprach noch der Verbandsanwalt Dr. Mahler-Auffig, worauf die Kundgebung ihren Abschluß fand.

Am Nachmittag fand dann ein Gartenfest statt, das leider durch die fortwährenden Regenschauer stark beeinträchtigt wurde. An der vormittägigen Kundgebung durften etwa 2000 Personen teilgenommen haben.

Kongress der IFF.

Zweiter und dritter Tag.

Auf die Kritik des Geschäftsberichtes durch die Genossen Paulis (Belgien) und Jarrigion (französische Eisenbahner) repliziert zunächst der Vorsitzende, Genosse Cramp und gibt die Gründe bekannt, die ihn abhielten, an der Fernen-Osten-Delegation teilzunehmen.

Genosse Jimmen hat die Kritik des Genossen Paulis erwartet, die Kritik wäre aber auch erfolgt, wenn die Delegierten-Reise nach dem Fernen Osten nicht stattgefunden hätte und dieses Unterbleiben wäre schlimmer gewesen, wie die Lehre mit den mexikanischen Verbänden zeigt, die den Kongress nicht besuchten, weil trotz Einladung eine Delegierung seitens der IFF nicht erfolgte. Alle Aktionen, die unternommen wurden, geschahen im Auftrage des Generalrates auf Grund der Stockholmer und Londoner Beschlüsse. Dieser Kongress tagt in einer Periode, wo die schwersten Fragen vor die Arbeiter gestellt werden. Durch Einmütigkeit aber werden die Wege und die Kraft gefunden werden, die Beschlüsse zu verwirklichen.

Nach der Genehmigung des Kassaberichtes wird der erste Antrag, daß der Kongress als höchste Instanz der IFF statt jede zwei Jahre alle drei Jahre zusammentreten muß, angenommen.

Die skandinavischen Organisationen schlagen eine Erhöhung des Beitrages auf 50 Oere pro Mitglied vor, wovon 35 Oere für einen Kampfunterstützungsfonds zuließen sollen. An der Debatte beteiligten sich Ericson (skandinavische Transportarbeiter), Bederson (dänische Transportarbeiter), Lindley (Schweden, Generalrat), Vererud (belgische Straßenbahner), Virkeland (norwegische Seefahrer), Wälläri (finnische Seelenle), Danielson (schwedische Seelenle). Im Schlußwort schlägt Jimmen vor, daß aus den Skandinavien ein Komitee gebildet werden solle, die dem nächsten Kongress einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreiten.

Trockene Arbeitslosenziffern.

Deutschland: 5,393.000

Berlin, 9. August. Nach dem Bericht der Reichsanstalt betrug Ende Juli die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen rund 5,393.000. In der Arbeitslosenversicherung wurden rund 757.000, in der Krisenfürsorge 1,354.000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. In beiden Unterstützungsrichtungen zusammen wurden rund 2,111.000 Arbeitslose unterstützt. Seit Mitte Juli hat die Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern um rund 99.000 abgenommen.

England: 2,811.782

London, 9. August. Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug zum 25. Juli 1.3. 2,811.782, d. i. um 64.439 mehr als am 27. Juni und um 98.432 mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Oesterreich: 256.145

Wien, 9. August. In der zweiten Juli-Hälfte ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Oesterreich um rund 700 auf 256.145 gestiegen.

Die Aufschriften auf den Prager Bahnhöfen unterzieht der Pariser Mitarbeiter des „Provo Lidu“ einer Kritik. Er weist auf die Neuherung des Eisenbahnministers hin, wonach die tschechoslowakischen Bahnen ein kaufmännisches Unternehmen werden sollen. In dieser löblichen Absicht, so heißt es weiter, wird der Eisenbahnminister sicher nicht vergessen, daß jeder Geschäftsmann es als eine Selbstverständlichkeit erachtet, seine Ware der Kundenschaft in jener Sprache zu verkaufen, welche diese versteht. Aber unsere Bahnen richten sich nicht nach diesem Standpunkt, sondern nach dem Standpunkt des Primators Baga. Der Fremde, dem es vergönnt ist, nach Prag zu kommen, soll sich dies als eine so große Ehre und so seltene Auszeichnung anrechnen, daß er vor allem tschechisch lernen soll. Will er nicht, soll er zu Hause bleiben. Aber der slawische Charakter des Goldenen Prag muß erhalten bleiben. Und dieser slawische Charakter liegt in den Augen des Herrn Primators darin, daß eine deutsche Aufschrift nicht einmal dort sein darf, wo sie am notwendigsten wäre. — In der Notiz wird schließlich darauf hingewiesen, daß der größte Teil der ausländischen Besucher Prag's Deutsche oder Mitteleuropäer sind, die Deutsch verstehen, ganz abgesehen davon, daß Prag die Hauptstadt von 3½ Millionen Deutscher in der Tschechoslowakei ist. Man könnte auch noch für die Besucher aus Westeuropa französische Aufschriften anbringen, was alles wäre, was man von den Bahnen verlangen könnte.

An alle Kolporteurs und Abonnenten!

Wir machen darauf aufmerksam, daß am Montag, den 15. August, laut Buchdruckervertrag nicht gearbeitet wird und unsere Dienstag-Nummer daher entfällt. Die nächste Nummer erscheint am Mittwoch, den 17. August, zur gewohnten Stunde.

Wir ersuchen unsere Kolporteurs und Abonnenten, diese Erscheinungsweise zur Kenntnis zu nehmen.

Die Verwaltung.

Agrarier verhindern billigen Landwirtschaftskredit.

„Es ist eine sehr merkwürdige Erscheinung“, so schreibt das „Narodni Dvobozeni“, „welche ein Zeugnis ist der unmöglichen Verhältnisse in unserer Kreditpolitik, daß in einer Zeit, da die Agrarpartei bemüht war, die Gesetzesvorlage über die Verbilligung des Landwirtschaftskredites auf dem Wege öffentlicher Subventionen durchzusetzen, ihre Zentrale der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Prag gleichzeitig den einzelnen Raiffeisenkassen ein Rundschreiben übersandte, in welchem sie diese aufforderte, sie mögen ihre Darlehenszinsätze einer neuen Regelung unterwerfen und, wo dies nötig sein wird, sie angemessen erhöhen. Einerseits forderte man von den Steuerträgern und vom Staate Subventionen für die Verbilligung des landwirtschaftlichen Kredites und andererseits wurden Maßnahmen getroffen, daß durch Verteuerung des landwirtschaftlichen Kredites in den Raiffeisenkassen ein größerer Teil dieser Subvention den agrarischen Kreditgenossenschaften zugute komme. Dieses widerspruchsvolle Vorgehen müsse man als unfürsorglich betrachten.“

Mit dieser Äußerung des „Narodni Dvobozeni“ kann man vollkommen übereinstimmen, wobei man nur noch darauf hinzuweisen braucht, daß die Agrarier wie immer die Interessen der Landwirte verraten.

Getreidepreismanöver.

Fromme Wünsche scheinen unsere Agrarier zu beselen. Die „Deutsche Landpost“ vom letzten Dienstag bringt einen groß aufgemachten Artikel, in dem gefagt wird, daß in diesem Jahre ein abnormer Brotsfrucht-Ernteausfall zu verzeichnen sein wird, der besonders in den Brotskammern Europas, also in Ungarn, Südbulwien, Rumänien und Bulgarien in Erscheinung treten wird. An diese Meldung knüpft das Organ der Agrarier die Meldung, daß in Jugoslawien und in Rumänien die Getreidepreise sprunghaft in die Höhe gehen und daß im kommenden Winter noch höhere Getreidepreise zu verzeichnen sein werden. Um diese Mitteilungen glaubwürdig zu machen, werden sie mit Zahlen unterbaut, spricht man „von Preismanövern, die sonst zur Zeit der Ernte von der Presse ausgeführt werden, um jene, die nicht säen, ernten zu lassen“ usw. und gibt als Ursache für die schlechte Ernte Schwarzrost an, eine Getreidekrankheit, die bis zu 100 Prozent der Weizenanbauflächen befallen haben soll, so daß der größte Teil der Getreideernte für Ernährungszwecke unverwendbar sein soll.

Wäre das, was hier behauptet wird, wahr, dann hätten wir wirklich mit einem hohen Getreidepreise in der nächsten Zeit zu rechnen, der schon auf Grund dieser Meldungen eintreten müßte, wie gesagt, aber nur dann, wenn das, was hier gefagt wird, wahr wäre.

Es scheint aber nicht wahr zu sein, denn neben der „Landpost“ erscheinen noch andere Zeitungen, die sich ebenfalls mit den Ernterträgen dieses Jahres beschäftigen und die, obwohl sie ihre Voraussage aus dem „Internationalen Institut für Agrarkultur“ beziehen, zu ganz anderen Schlüssen kommen. So meldet die „Prager Presse“ am gleichen Tage, da in der „Landpost“ die pessimistische Meldung über die heurige Ernte gebracht wird, folgendes:

Hohe Ernteziffern im heurigen Jahre. Das Internationale Institut für Agrarkultur in Rom publiziert soeben die Prognose für die wichtigsten agrarproduzierenden Staaten der Welt. Nach dieser Aufstellung wird die Ernte des Vorjahres in den wichtigsten Getreidearten erreicht oder nicht unbedeutlich überschritten werden. Die Weizenernte in den europäischen Hauptweizenländern Deutschland, Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Griechenland, Ungarn, Malta, Niederlande und Rumänien wird mit 164,700,000 Zentnern eingeschätzt. Sie wird voraussichtlich also um 2 Prozent höher als die vorjährige Ernte und um 12,6 Prozent höher als der Durchschnitt der letzten fünf Jahre ausfallen. Die Roggenernte wird mit 124,267,000 Zentner 117 Prozent der Vorjahre-ernte ausmachen, die Gerstenernte 197,708,000 Zentner und 130 Prozent des Vorjahres, die Haferernte 337,611,000 Zentner und 109,2 Prozent der vorjährigen Ernteeergebnisse.

Die „Landpost“ scheint also im Interesse ihrer Parteigänger arg gefälschert zu haben, ob im Interesse der Landwirte selbst, bleibe vorläufig dahingestellt.

Eisenbahnunglück in der Slowakei.

Personenzug fährt auf Lastzug. — 1 Todesopfer, zahlreiche Verletzte.

Brünn, Dienstag, den 9. August, um 13 Uhr fuhr auf der Strecke Neustadt a. d. Waag — Wessely a. d. March bei der Station Vaghyoz der Güterzug Nr. 1681 auf den Personenzug Nr. 1608 auf. Nach vorläufigen Meldungen wurden acht Reisende verletzt. An die Unglücksstelle wurden Hilfszüge sowohl aus Neustadt als auch aus Wessely entsandt. Von Brünn begab sich eine Untersuchungskommission der Staatsbahndirektion an die Unfallstelle.

Zu teil die Staatsbahndirektion in Brünn folgende Einzelheiten mit: Der Personenzug fuhr von der regelmäßigen Kreuzungsstation Vaghyoz um 12 Uhr 51 ab gegen den verspäteten Lastzug. Die Strecke von Vaghyoz nach Cochtice weist ein Gefälle von 13 Prozent sowie zahlreiche Krümmungen, Einschnitte und Dämme auf, so daß die Gegend unübersichtlich ist und die gegeneinanderfahrenden Züge nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden konnten. Bei dem Zusammenstoß blieben beide Lokomotiven auf den Gleisen, doch wurden sie infolge des Zusammenstoßes ineinander eingeleitet und beschädigt.

Beide Dienstwagen wurden namhaft be-

schädigt, ebenso der erste Personenzugswagen. Mehrere Lastwagen entgleiten. Im ganzen wurden 14 Waggons beschädigt oder entgleisten sie. Die im ersten Personenzugwagen reisende 23jährige ledige Paula Braun aus Vaghyoz erlitt tödliche Verletzungen, denen sie erlag.

Schwer verletzt wurden ferner die Passagiere Marius und Margarethe Friedmann aus Wien, Anna Rozypal aus Damboritz bei Gana, Rudolf Borzig aus Brezova; leicht verletzt wurden Andor Löwy aus Bauja, Helena und Tatjana Reuzil aus Piskau, Ferdinand und Alois Reichmann aus Brünn, Armin Schwarz aus Neustadt, Daniel Eisler aus Solovec und Dr. Adamoz aus Stara Tura. Außerdem wurden auch Eisenbahnangestellte ernst verletzt, und zwar die Zugführer Rudolf Gilden und Franz Prokel, der Lokomotivführer Wenzel Stolba, der Beizer Johann Ganzl und der Kondukteur Pros.

Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus nach Trentschin gebracht, die Leichtverletzten konnten, nachdem ihnen die erste Behandlung zuteil geworden war, die Weiterreise fortsetzen.

Studenten-Tragödie. Bei einer Autokatastrophe in der Nähe von Gäble (Nordschweden) kamen zwei junge schwedische Studenten ums Leben. Den dritten Insassen des Wagens, den 23jährigen deutschen Studenten Jauer aus Berlin-Bantow, fand man in der Nähe des Unglücksortes erhängt auf. Er hatte sich im Zustand völliger Depression das Leben genommen, obgleich er nicht am Steuer des verunglückten Wagens gesessen hatte und somit am Tod seiner Freunde unschuldig war.

Lastauto tötet ein Kind. Als der neunjährige Schüler Rudi Anton in Niedergeorghausl vorgestern abends auf der Straße seinem Gummiball, der ihm entrollt war, nacheilte, ließ er direkt in die Fahrbahn eines Lastautos, das er nicht beachtet hatte. Der Knabe wurde überfahren und verschied kurz darauf.

Selbstame Waffentransporte in Donauviß. Wien. Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, wurden Samstag bei der Bezirkshauptmannschaft in Leopoldsdorf 30 Kisten mit Gewehren auf Lastautomobil verladen und in das Hüttenwerk der Alpine-Montan-Gesellschaft in Donauviß abtransportiert. Der Bezirkshauptmann erklärte, daß es sich um Waffen handelt, welche den Schußbündlern und ähnlichen Wehrorganisationen in den letzten Monaten abgenommen wurden und daß diese Waffen nunmehr im Donauvißer Hüttenwerk eingeschmolzen werden sollen.

Tod im Schacht. Dortmund. Im unterirdischen Betrieb der Zeche „Kaiserstuhl II“ waren am Samstag drei Bergleute durch zu Bruch gehen eines Kohlenpfeilers verschüttet worden. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da dauernd Gesteinsmassen nachstürzten. Erst in der Nacht zum Sonntag konnten der Bergmann Watermann und gestern früh der Bergmann Baumgart tot geborgen werden. Der dritte Verunglückte, der Bauer Sander, wurde Dienstag mittags gleichfalls tot aufgefunden.

Ungarische Politiker wegen Sittlichkeitsvergehen verhaftet. Uzhorod. Die Polizei von Mukachevo verhaftete den Führer der Mukachever oppositionellen Ungarn W. Grünstein, Stadtratsmitglied und Druckereibesitzer in Mukachevo, wegen Sittlichkeitsdelikte. Es soll sich um Fälle handeln, wovon einige noch von früher her datieren.

Piccard's Radio. Professor Piccard wird auf seine diesjährige Stratosphärenreise einen Sender von 50 Watt mitnehmen. Der Sender, der von Zeit zu Zeit kurze Standortangaben geben wird, arbeitet auf dem Wellenband von 7 Kilohertz. Professor Piccard beginnt und schließt seinen Anruf mit dem Rufzeichen „P. 3“. Funkprüche von der Erde aus werden kaum beantwortet werden können. Für den Aufenthalt in der Stratosphäre sind zwei bis drei Stunden in Aussicht genommen. Die Ventillleine, die beim ersten Stratosphärenaufstieg Piccard's beinahe verhängnisvoll geworden wäre, ist diesmal durch eine Quecksilberdichtung unmittelbar in die Gondel eingeführt. Um auch gegen die Gefahren einer Landung auf unzugänglichem Gletschergelände gesichert zu sein, nehmen Professor Piccard und sein Begleiter, der Physiker Cosinus, Proviant für mehrere Tage und eine Berg-

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

Donnerstag.

Prag: 11: Schallplatten. 13.40: Schallplatten. 18.30: Deutsche Sendung. Dr. Schmiedl: Wissenswertes über die Pensionsversicherung. 19: Lieder. 19.20: Bunter Abend. 20: Klavierkonzert. 22.20: Konzert. — Brünn: 18: Frauenfunk. 18.25: Deutsche Sendung. Gitschner: Aus tschechoslowakischen Bädern und Sommerfrischen. — Berlin: 20: Orchesterkonzert. — Leipzig: 13.15: Deutsche Lieder. 15: Was Jungen erzählen. — München: 16.05: Konzert. 20.50: Liederstunde. — Wien: 15.20: Robert Schumann. 16.45: Kammermusik. 20: Tonkölchen. 21.45: Tanzmusik.

Eine Reportage aus der Böhmisches Kinderrepublik. Einen Einblick in das eigenartige Leben und Treiben dieser Kinderrepublik sucht die Reportage der Brünnener Arbeiterzeitung auch dem Aufsehenstrebenden zu vermitteln. Nach kurzen einleitenden Vorträgen lernen wir das Lagerleben selbst kennen. Gespräche mit Kindern erklären die verschiedenen Institutionen und lassen den Geist fühlen, der in dieser Siedlung herrscht. Chorvorträge und ähnliche Darbietungen beschließen die Sendung. Da für die Uebertragung keine eigene Leitung zur Verfügung steht, so wird sie mit Hilfe von Schallplattenaufnahmen aus dem Brünnener Studio durchgeführt werden. B. F.

ausrüstung mit an Bord. Die Teilnehmer der mit Hilfe von zwei Flugzeugen und mehreren Automobilen eingerichteten „Reisebegleitung“ hoffen im übrigen, den Stratosphärenballon möglichst bis zu seiner Landung verfolgen zu können.

Mittelalter in der Slowakei. In dem östlichen Zipfel der Slowakei sind in der letzten Zeit alle Bewohner von drei Gemeinden aus der römisch-katholischen Kirche ausgetreten. Der Grund dieser in der Slowakei ungewöhnlichen Erscheinung ist, daß die Gläubigen, kleine Bauern, gezwungen wurden, der Kirchenverwaltung nicht nur große Naturalabgaben zu leisten, sondern daß sie auch an einer bestimmten Anzahl von Tagen im Monat auf den kirchlichen Grundstücken umsonst arbeiten mußten. Schließlich sollten sie der Kirche auch Wagen und Gespann unentgeltlich zur Verfügung stellen. Als es ihnen zu bunt wurde, entzogen sie sich diesen Forderungen durch den Austritt aus der Kirche.

Das Tonfilm-Verbrecheralbum. Die Polizeibehörde von Philadelphia hat den Versuch gemacht, auch den Tonfilm in den Dienst der Kriminalistik zu stellen. Sie verläßt sich offenbar nicht mehr auf Fingerabdrücke, sondern glaubt offenbar noch mehr an die Unveränderlichkeit der menschlichen Stimme. Deshalb stellt sie von den Verbrechern nicht nur Fingerabdrücke, sondern auch Tonfilmaufnahmen der Stimme her. Diese Tonfilmaufnahmen können beliebig vervielfältigt und anderen Polizeibehörden zur Verfügung gestellt werden. Aber noch in anderer Beziehung sind diese Tonfilmaufnahmen von Bedeutung. Sie können wichtige gerichtliche Dokumente abgeben, insofern nämlich, als das Gericht sich selbst davon überzeugen kann, unter welchen Umständen ein Geständnis des Verbrechens zustande gekommen ist. Die Verbrecher widerrufen bekanntlich vielfach ihre Geständnisse mit der Begründung, daß diese ihnen erpreßt worden seien. In solchen Fällen ist naturgemäß die Aufnahme der Umstände des Geständnisses von größter Bedeutung für die Urteilsfindung.

Ziehung der Massenlotterie

Dritte Klasse.

70.000 K: 62.655.
20.000 K: 2123, 4707.
10.000 K: 56.479, 78.673, 87.090, 87.977.
5.000 K: 3345, 19.051, 90.369, 91.722, 94.576.
2.000 K: 4411, 5417, 5478, 6668, 7860, 9404, 11.766, 17.234, 24.289, 27.091, 27.234, 28.440, 37.088, 41.205, 44.345, 46.895, 46.958, 51.822, 52.712, 55.101, 66.235, 66.599, 66.642, 66.723, 67.958, 74.260, 82.614, 100.805.

Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ von französischer Zollwache schwer mißhandelt.

Merzig (Saargebiet). Das Wolffbüro meldet: Der Redakteur Anton Weller von der „Leipziger Volkszeitung“ wurde in der Nacht zum Dienstag an der Zollstelle Badem von französischen Zollbeamten derart schwer mißhandelt, daß seine sofortige Ueberführung in das Kreiskrankenhaus Merzig notwendig wurde.

Dem Vorfall liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Weller kam mit seinem Kraftwagen auf einer Dienstreise zur Zollstraße, wo er anhielt. Die anwesenden beiden Zollbeamten unterzogen darauf den Wagen einer sehr genauen Kontrolle. Nach Beendigung der Revision entstand eine Meinungsverschiedenheit, wahrscheinlich deshalb, weil einer der Zollbeamten in französischer Sprache eine Frage an Weller richtete, die Weller nicht verstand und auch deshalb nicht beantwortete. Der Zollbeamte geriet darüber so in Wut, daß er Weller aus dem Wagen riß, ihn in das Zollhaus schleppte und, nachdem er das Licht gelöscht hatte, mit Faustschlägen und Fußstößen so schwer mißhandelte, daß Weller besinnungslos wurde. Der herbeigerufene Arzt ordnete sofort die Ueberführung in das Krankenhaus an, wo Weller schwer verletzt daniederliegt. Die Landjäger nahen den Tatbestand auf und erstattete Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Der Zollbeamte konnte noch nicht verhaftet werden, da er der Militärgerichtsbarkeit unterliegt.

Tagesneuigkeiten

Im Nelson-Schlacht verunglückt.

Durch Starkstrom getötet.

Brü. Der im Nelson-Schlacht bei Ofel beschäftigte Zimmerhauer Wenzel Wiesner geriet beim Aufstellen eines eisernen Stempels im Schlacht mit der elektrischen Starkstromleitung in Berührung. Er war auf der Stelle tot.

Sowjetilieger nach Berlin.

Moskau. In den kommenden Tagen, zwischen dem 12. und 15. August, wird ein Riesenflugzeug der sowjetischen Zivilflugflotte, das 40plätige Flugzeug Ant-14, von Moskau einen Flug nach Berlin unternehmen. Das Flugzeug ist von dem sowjetischen Ingenieur A. A. Tupolew konstruiert worden. Der Leiter der „Derulust“, Direktor Steinhardt, erklärte anlässlich des bevorstehenden Fluges, daß der Zweck des Fluges nach Berlin darin bestehe, der deutschen Öffentlichkeit die Erfolge des sowjetischen Zivilflugwesens zu zeigen. Ant-14 ist das größte Landflugzeug in Europa. Es besitzt fünf Motore, seine Nutzlast beträgt 6600 Kg., die Durchschnittsgeschwindigkeit 180 Km. pro Stunde. Die Radioausrüstung besteht aus einem Langwellensender und Empfänger, die dauernd die Verbindung mit dem Festland ermöglichen und eine besondere Einrichtung ist für Nacht- und Nebelflüge eingerichtet (Giroretort).

Calmette-Prozeß muß wiederholt werden?

Die Verteidigung behauptet, der Vorsitzende sei geistesgestört gewesen.

Berlin, 9. August. Die „B.Z. a. M.“ meldet: Mit einer ungeheuerlich anmutenden Begründung haben die Verteidiger des Hauptangeklagten des Calmette-Prozesses gegen die Beurteilung ihrer Mandanten Revision eingelegt. Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, der Verteidiger Altstädts, vom dem ein Teil der Revisionsbegründung stammt, bittet, das Calmette-Urteil deshalb aufzuheben, weil der Verdacht bestehe, daß Amtsgerichtsrat Wibel, der Vorsitzende des Calmette-Prozesses, schon während der Verhandlung geisteskrank gewesen sei. Das Gericht sei wegen der anzunehmenden Geisteskrankheit des Vorsitzenden nicht ordnungsgemäß besetzt gewesen, und aus diesem formalen Grunde müsse der Prozeß noch einmal verhandelt werden. Die Revisionsbegründung Dr. Hoffmanns enthält für die behauptete Geisteskrankheit des Vorsitzenden eine Anzahl von Einzelheiten, die noch genau nachgeprüft werden müssen.

Auf diese ungeheuerliche Wendung des Calmette-Verfahrens konnte niemand, der der Verhandlung gefolgt war, gefaßt sein. Für die These der Verteidigung scheint, wie die „B.Z.“ weiter berichtet, nach dem bekanntgewordenen Material zunächst nur der Umstand zu sprechen, daß sich Amtsgerichtsrat Wibel tatsächlich in einer Krankenheilanstalt befindet. Dieses Sanatorium hat Amtsgerichtsrat Wibel kurz nach der Beendigung des Calmette-Prozesses aufgesucht. Wie es hieß, ging er wegen „der tiefen Gemütsdepression“ in die Heilanstalt, die ihn wegen des Schicksals von Professor Dehde befallen hatte.

Tödlicher Unfall eines Radfahrers. Der im Jahre 1914 geborene Julius Koval, der Sohn unseres Genossen Koval aus Graupen fuhr am Montag abends auf seinem Fahrrad durch Graupen. Rückwärts hand auf dem Fahrrad sein Freund Rudolf Maja. Beim Hause des Genossen Karolin Witz das Fahrrad mit einem Personenauto zusammen. Koval wurde vom Rade geschleudert und erlitt einen Schädelbruch; er war sofort tot. Maja wurde im Gesicht verwundet; am Oberarm hatte er Schnittwunden, außerdem erlitt er eine Verletzung am Oberschenkel. Genosse Koval hat erst vor einigen Jahren seinen älteren Sohn verloren, der beim Militär seinem Leben freiwillig ein Ende setzte.

Razi-Schlacht in Oesterreich.

In Rosenau an der Ybbs veranstalteten die Nationalsozialisten eine Versammlung. Einem sozialdemokratischen Diskussionsredner wurde Redefreiheit zugesichert. Nachdem der Sozialdemokrat wenige Worte gesprochen hatte, entzog ihm der Vorsitzende das Wort. Der Diskussionsredner weigerte sich abzutreten — darauf zog der Vorsitzende den Revolver und legte auf den Sozialisten an. Es kam zu einer Schalschlacht; etwa 15 Personen erlitten schwere Verletzungen.

Kinderrrepublik Draveil. Die deutsch-französische Kinderrrepublik bei der Seine-Stadt Draveil ist errichtet: vier Dörfer mit 74 Hektar bergen 900 deutsche und französische Kinder. Das vorzüglich gelegene Lager ist rings von Wasser umgeben; so erhöht eine malerische Natur die Freude der Freundschaft zwischen der Jugend der beiden Länder. Die Kinderrrepublik steht unter dem Schutz aller Einwohner von Draveil, die es in keiner Weise an freundlichen Beweisen ihrer Sympathie fehlen lassen.

Höhlenfunde. Bei Chiusi (Italien) wurden die Höhlen von Cetona von einer wissenschaftlichen Expedition unter Leitung von Professor Colson näher untersucht. Es wurde festgestellt, daß die Grotten in Urzeiten von Menschen bewohnt waren, die es verstanden haben müssen, die natürlichen Gesteinsbildungen zu klammern, Treppen, Wasserableitungen usw. geschickt auszubauen. Ueber der unterirdischen Wohnung muß sich offenbar noch eine pfahlbauähnliche Ansiedlung befunden haben. Die vorgefundenen Menschenschädel lagen seltamerweise stets mit dem Gesicht nach unten.

Feuertampf zwischen Schmugglern und Zollbeamten.

Das Tabaklager im Walde. — Sächsischer Landgendarm schießt tschechoslowakischen Schmuggler an.

Weipert, 9. August. Die in den erzgebirgischen Grenzgebieten seit Jahresfrist andauernde Arbeitslosigkeit, hervorgerufen aus der insbesondere die erzgebirgische Modeindustrie (Spitzen, Stickereien, Polamenten usw.) arg in Mitleidenschaft ziehenden, ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage, hat dazu geführt, daß sich den berufsmäßigen Pächern in diesen Gegenden viele arbeitslose Menschen zugesellt haben, die durch Salz, Tabak und Medikamentenschmuggel ihre Existenz zu fristen, bzw. zu verbessern versuchen. In der Tat hat das Schmuggelwesen zwischen Böhmen und Sachsen seit langem keine solche Blütezeit wie jetzt aufzuweisen gehabt, weshalb ja auch in den letzten Tagen, wie bekannt, verschärfte Bestimmungen zur Bekämpfung des Pächers erlassen wurden.

Einen wichtigen Abschnitt des verbotenen Grenzläufertums bildet das Gebiet Weipert-Neudorf - Cranzahl - Annaberg, in welchem seit Jahren große Posten von Schmuggelgut sowohl aus Sachsen nach Böhmen als auch umgekehrt aus der Tschechoslowakei ins Reich gebracht werden. Während aus Deutschland vor allem Salz und Medikamente in die Tschechoslowakei geschmuggelt werden (in letzter Zeit ist an Stelle des durch die Salzabgabe im Reich unrentabel gewordenen Salzschmuggels der Schmuggel mit billigen deutschen Zigaretten getreten), wird aus Böhmen meist Pfeifenabak über die sächsische Grenze gebracht und von dort weiter ins Innere des Reiches befördert. Trotz der hohen Geldstrafen, die von den deutschen Behörden auf gepackten Tabak — ein gewöhnliches Päckchen zu 50 Gramm wird mit durchschnittlich 25 Reichsmark Strafe belegt — gehen unwahrscheinlich große Mengen Pfeifenabak tschechoslowakischer Herkunft im Schmuggelwege über die Grenze nach Deutschland, wo sich ungezählte Liebhaber dieser Tabake finden.

Es ist begreiflich, daß es einzelnen Personen nicht leicht fällt, größere Mengen des Tabaks unverzollt über die scharf bewachten Grenzen zu bringen. Deswegen bilden sich Gruppen und Banden, die die Schmuggelware in kleineren Mengen aus Böhmen nach Sachsen bringen, sie

dort in einem Versteck aufbewahren und dann, wenn genügend Vorräte angehäuft erscheinen, die Ware ins Landesinnere schaffen. In den Wäldern bei Weipert-Neudorf wurden mehrfach solche Verstecke entdeckt und erst am diesem Sonntag wieder wurde eine aus drei Männern und einem Mädchen bestehende Pächtergruppe dabei überrascht, wie sie ein solches Lager auf einem Handwagen fortzuschaffen wollte. Die zwei sächsischen Zollbeamten, die auf ihrem Dienstwege auf die Schmuggler gestoßen waren, stellten die Leute, doch ergriffen diese die Flucht in dem dichten Unterholz des Staatsforstes. Die Beamten feuerten nach einem Schreckschuß einige Male scharf hinter den Flüchtenden her, die das Feuer aus einem Gebüsch heraus erwiderten, ohne indessen zu treffen. Bei der Verfolgung konnte das der Gruppe angehörige Mädchen festgenommen werden, während es den Männern gelang, zu entkommen. Die Verhaftete wurde dem Gemeindearrest in Cranzahl eingeliefert, doch vermochte sie schon nach kurzer Zeit daraus zu entweichen. Das beschlagene Schmuggelgut bestand aus 1080 Päckchen böhmischen Pfeifenabaks, für welche die Zollstrafe nicht weniger als über 25.000 Reichsmark betragen würde. Die Nachforschungen der Zollbehörde haben insofern ein Ergebnis gezeigt, als festgestellt werden konnte, daß die Schmuggler tschechoslowakische Staatsangehörige sind, die jedoch in einem sächsischen Grenzort ansässig sind. Ihre Verhaftung steht bevor.

Am gleichen Tage wurde ein aus Weipert stammender Pächter mit Schmuggelgut in einem Walde bei Cranzahl von einem Landgendarm angetroffen. Da der Entpakte auf den Anruf des Beamten nicht stehen blieb, machte dieser von seiner Waffe Gebrauch und verwundete den Schmuggler, der jedoch trotz seiner Verletzung flüchten konnte. Obwohl die Grenze gegen Weipert zu sofort gesperrt wurde, ist es bisher nicht gelungen, den Angehörigen aufzufinden, bzw. stellig zu machen. Auch in diesem Falle handelt es sich um einen tschechoslowakischen Staatsangehörigen, der den Behörden als Pächter seit langem bekannt ist.

Um Cermak den Ersten.

Wir haben endlich das, wonach unser Herz begehrt; der Cernal ist da. In seinem beschiedenen Auto ist der Demokrat über uns gekommen, in allen Blättern lesen wir seine Taten und von allen Jüngern soll — wenn man der Boulevardpresse Glauben schenken dürfte — sein Lob klingen. Es ist nicht nur das Lob des braven, sondern auch des „nassen“ Mannes; denn unser Freund und Gönner Cernal, der Mayor aller Mayors und Bürgermeister aller Tschechen, ist Demokrat und also ein Anhänger der „Nassen“. Die haben es ihm angetan, und Freund Cernal begnügt sich nicht nur mit Interviews, sondern viel mehr noch mit Rundfunkansprachen, um zu finden, daß vor allem diese verdammte (wetten, daß er das noch gesagt hat!) Prohibition am Elend Chicagos, seiner Pleite und der Amerikas, Schuld ist. Ja, würde die edle Alkoholindustrie noch bestehen, würde man die Volkserhebung noch mit Schnaps begießen können, dann würde es in seiner Stadt nicht mehr die besten und billigsten organisierten Verbrecher geben. Aber so tut der Herr Bürgermeister kund und zu wissen, daß am Verbrechertum die gesetzliche Enthaltensamkeit im allgemeinen und ganz gewiß nicht die Gesellschaft Amerikas im besonderen schuld ist.

Venedigerswertes Land, dieses Amerika mit diesem seinem allerbesten Bürgermeister; er wird die Nassen durchbringen und die Verbrecher mit dem bekannten Cernalbesen austrotten, wozu wir ihm besonderes Glück wünschen. Deshalb ist er auch zu begrüßen, umso mehr, als er Demokrat vom Scheitel bis zur Sohle ist. Er reißt „Zwar“ und „nur“ in Begleitung von ganzen zwanzig Mann und wohnt in einer Zimmerstadt des Hotels Pupp in Karlsbad — wie er im Hotel Stroubel in Prag untergebracht ist, wurde noch nicht verstanden — er geht seinen Schritt zu Fuß, aber sonst ist er Mann des Volkes bis zum Äußersten und empfängt darum besonders gern die Presse am Betttrand sitzend und in Hemdsärmeln. Jeder, wie er kann! Prag begrüßt ihn über dringendes Ersuchen der agrarisch-nationalistisch-fascistischen Boulevardpresse mit der gebührenden Neugier, sein Auto und sein Hotel sind mit Fahnen geziert und umlagert; man muß für „unsern“ Bürgermeister eben auch Zeit finden. Hoffentlich gefällt es ihm in „Europe“, auch wenn er tschechisch mit englischem Akzent spricht! Er ist ein nasser Volkswohlthäter. —w!—

Wechsel in der Leitung des Berliner Partei-Verlages. Der langjährige Leiter des „Vorwärts“-Verlages in Berlin Gen. Theodor Glöde ist dieser Tage in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Glöde war im „Vorwärts“ 44 Jahre tätig gewesen und hat der deutschen Sozialdemokratie während dieser Zeit außerordentliche Dienste geleistet. Sein Nachfolger ist Gen. Arthur Müller.

Ausflugsaubus stürzt in eine Schlucht. Paris, 9. August. Ein folgenschweres Verkehrsunfall ereignete sich am Sonntagabend in der Nähe von Salamanca. Wie „Journal“ aus Madrid berichtet, stürzte ein mit 26 Personen besetzter Autobus, der Ausflügler nach Salamanca zurückbringen wollte, in eine 30 Meter tiefe Schlucht, da die Bremsen versagt hatten. Von den Insassen fanden sechs den Tod; alle anderen wurden schwer verletzt.

Die Rache Göttin in den Tuileries. (10. August 1792.)

Wie ein gewaltiges Drama, in immer sich steigenden Szenen aufgebaut, entrollt sich vor unseren rückwärtsblickenden Augen der Beginn der großen Revolution Frankreichs. Am 14. Juli 1789 die Erstürmung der Bastille, der Zwingburg der Bourbonen, genau ein Jahr später die Beschwörung der neuen Verfassung durch den König und die gewählten Volksvertreter; dann die Auswanderung des Adels, seine Intrigen im Ausland, die zum Bündnis von Friedrich Wilhelm II. von Preußen und Leopold II. von Oesterreich gegen Frankreich führten; drohende Kriegsgefahr — dazwischen das Doppelspiel des schwächlichen Ludwig XVI., der vor seiner Flucht, die bekanntlich im Sommer 1791 mißlang, eine eigenhändige Erklärung zu rückließ, in welcher er ganz unumwunden der Revolution, der beschworenen Verfassung neuerlich den Despotismus entgegenzusetzen zu wollen erklärte. Dann die zweite Verfassung mit der Erklärung der Menschenrechte — eine gesetzgebende Versammlung, die dem König nur ein zweimaliges Vetorecht zugestand — und Ludwigs Verweigerung der Zustimmung zu unumgänglich notwendigen Maßnahmen. Draußen in der Champagne die anfänglich siegreichen Truppen der Koalition, „die verschworenen Könige“ — von denen die Marcellaise singt ... Und drinnen Hunger, Not und heillosen Jörn eines betrogenen und entrechteten Volkes!

So standen die Dinge im Sommer 1792. Der König hatte sich geweigert, die 20.000 Mann, die die Nationalversammlung zum Schutze von Paris zusammenzuziehen befohlen hatte, um Paris lagern zu lassen; darauf erklärte die Nationalversammlung am 5. Juli das Vaterland in Gefahr. Freikorps bildeten sich und immer mehr ward die Absehung des treubruchigen Schwächlings Ludwig gefordert. Am 9. August ward seine Absetzung beschlossen.

Der König hielt sich in den Tuileries auf. Am Morgen des 10. August erhob sich das Volk von Paris. Ein revolutionärer Bürgerrat ward eingesetzt und gegen Abend ging man zum Angriff auf die Tuileries über. Es kam zu einem furchtbaren Blutbad. Die Nationalgarden weigerten sich, auf das Volk zu schießen. Aber die Schweizergarde hielt fest zu Ludwig. Er selbst stoh in die Nationalversammlung — indes sich seine Getreuen für ihn verbluteten ... Indessen wurden die Tuileries erstürmt, geplündert, ver-

wüstet lag die Stätte königlicher Macht. Tausende der Revolutionäre waren gefallen, aber auch die tapferen Schweizer wurden teils bei der Verteidigung, teils auf der Flucht niedergemacht.

Das Maß war voll! — In Gegenwart des Königs wurde er von der Nationalversammlung abgesetzt, seiner Gewalt entkleidet und seine Zivilliste eingezogen. Ein Ministerium aus Jakobinern bestehend wurde eingesetzt. In ihrer feierlichen Erklärung an das Volk hebt die Nationalversammlung die Gründe für ihr Vorgehen hervor, besonders den Verdacht des Verrats gegen Ludwig, und betont die Unmöglichkeit, unter so zahlreichen inneren und äußeren Gefahren Freiheit und Vaterland zu retten, solange die Exekutivgewalt — die des Königs nämlich — in verdächtiger, mit den Feinden des Volkes in fast offenem Bunde stehender Hand sich befindet. Und dies war der springende Punkt: mochte Ludwig als Mensch bedauerndwert sein — als König hatte er sein Los vollaus verdient. Am 13. August wurden er und seine Familie als Gefangene in den Temple ein festes Gefängnis, abgeführt.

Aus und vorbei war es mit dem Lilienkronum! Und während im Ausland die emigrierten Aristokraten alle Kräfte der Reaktion zu sammeln unternahmen, während Frankreichs Grenzen bedroht waren, erhob sich in gewaltiger Wucht das Volk. Man nennt jene Zeit gern die Schreckenszeit und unlesbar ist Grauenhaftes, oft genug gegen Unschuldige, geschehen. Aber Remesis ist eine blinde, wenngleich gerechte Göttin, und man vergißt, wenn man von den Schrecken der Revolutionsjahre redet, all die Schrecken, Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten, die die Jahrhunderte der Bourbonenherrschaft dem französischen Volke gebracht haben. Man denke an Ludwig XV., den gekrönten Wüstling, an die frevelhafte Verschwendung, Niederlichkeit, Ausschweifung und Brutalität der französischen Aristokratie — doppelt verwerflich, weil sie unter rechtlichen Formen vor sich ging — dann wird man zu einem anderen Urteil über jene Ausbrüche des Volkswrorns gelangen, wie der 10. August einen darstellt.

Einseitig hat das Königtum seinen Vertrag mit der Konstitution gebrochen und ihm ward nur sein Recht, als es von der politischen Bühne abtreten mußte! Und es ist symbolisch, daß seine Vertreibung gerade aus dem Palaste der Tuileries erfolgte, der nur zu oft der Schauplatz der Tyrannei gewesen war. H. W.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Zahlen aus Wirtschaft und Statistik.

Ueberstunden wurden im Juni d. J. von 2099 Beschäftigten geleistet, die auf 36 Betriebe verteilt, 60.036 Ueberstunden machten. Gegenüber dem Vorjahre ergibt sich eine Verringerung der Ueberstundenzahl von 197.458 Stunden oder um 24.683 Arbeitstage. An Streiks und Aussperrungen waren im Juni d. J. 11.863 Arbeiter beteiligt, die in 247 Betrieben insgesamt 82.289 Arbeitstage durch den wirtschaftlichen Kampf veräumten.

Die Zahl der Konkurse und Ausgleichsverfahren ist im Juni ungleich größer als in den Vormonaten. Man zählt in diesem Monat 131 Konkurse und 386 Ausgleichsverfahren. Die ermittelten Aktiven bei den Konkursen betragen 15.379 Mill. K. die Passiven 23.300 Mill. K. Bei den Ausgleichsverfahren steigen 70.258 Mill. Aktiven 111.188 Mill. K. Passiven gegenüber. Der Hauptanteil an den Konkursen als auch den Ausgleichsverfahren hat Industrie und Gewerbe. An zweiter Stelle figurieren Handel, Banken und Verkehr. Dabei ist zu bemerken, daß nicht die Tschechoslowakei die größte Zahl der Konkurse aufweist, sondern der Vorrang bei den Konkursen kommt zweifellos Italien zu, wo man im Mai d. J. allein 1695 Konkurse zählte.

Konig scheint demnach die Wirtschaftslage im dritten Reich Italiens nicht zu sein.

Prager Produktienbörse. (Offizieller Bericht vom 9. August.) Die heutige Produktienbörse zeichnete sich durch eine freundlichere Tendenz aus und die Preise strebten am Getreidemarkte durchwegs nach oben. In Weizen blieb die Tendenz fest, da sich noch immer bei der bestehenden Nachfrage wenig Angebot ersichtlich macht. Die amtlichen Notierungen konstatieren bei böhmischen Weizen Preissteigerungen im Ausmaße von 3 bis 4 K., bei slowakischen Weizen betrug die Besserung 6 bis 7 K. Auch Roggen verzeichnete zu Beginn um 1 bis 2 K. höhere Preise. Im Verlaufe ließ die Tendenz etwas nach und der Roggenpreis bewegte sich auf dem Niveau der Vorwoche. Im amtlichen Kursbuche ist heute zum erstenmale Roggen böhmischer Ernte 1932 61—72 Kg. mit 112—115 notiert. Außerdem machte sich auch Interesse für die besseren Haserorten bemerkbar, während schlechtere Ware, wie früher, trotz des sehr niedrigen Preises am Markte blieb. Die amtlichen Notierungen für Haser blieben unverändert. In Getreie suchen die Mälzereien Mäster, zu Abschließen kommt es noch nicht. Auch für den Export ins Ausland werden Mäster gesucht. Am Weizenmarkte richtete sich der Weizenmehlpriess nach der neuen Steigerung des Weizens. Die Notierungen guter Weizenmehle erfichten eine durchgreifende Besserung um 4 bis 7 K. Am Maismarkte herrscht infolge beschränkter Einfuhr noch immer Warenmangel und deshalb ist die Tendenz hier sehr fest. Die Preise für Donaumais besserten sich um 10 K. Hinsichtlich der heute eingetretenen weiteren Veränderungen wäre die Kennzeichnung von Erbsen 1932 zu nennen: überhaupt werden Hülsenfrüchte nurmehr von 1932 notiert. Etwas bessere Preise erzielten Frühkartoffeln (plus 1 K.) und Eier (plus 1 bis 2 K.). Das Geschäft war an der Börse etwas lebhafter. — Es notierten in K.: Rohweizen böhm. 81—83 Kg., 163—165; Nonweizen böhm. 78—80 Kg., 158—162; Weizen gelber böhm. 76—77 Kg., 154—157; Weizen slow. neu 78—79 Kg., 146—148; Roggen böhm. 1931 69—72 Kg., 120—122; Roggen böhm. 1932 61—72 Kg., 112—115; Haser böhm. 1931 92—93; Haser böhm. schlechter 78—81; Donaumais getrocknet 93 bis 94; Erbsen: Victoria 150—200, gelbe 140—150, grün, großkörnig 160—180, grün, klein körnig 150 bis 165; Linfen: großkörn. mähr. 325—375, mittel 297—290, klein körnig 200—240; Mohr: blau 1931 480—510, silbergrau 460—500, silbergrau (Dauhaer) 530—580; Kammeln: böhm. 375—400, holländischer 410—420; Weißflie 1932 500—1000; Rosenflie 1932 275—300; Frühkartoffel 31—33; Sen: böhmisch ungepr. sauer 46—47, böhm. ungepr. süß 54 bis 55, böhm. gepr. sauer 47—48, böhm. gepr. süß 55—56; Gersten- und Haserstroh: gepreßt 42—44, ungepreßt 41—43; andere Strohsorten: drahtgepreßt 42—44, ungepreßt 41—43; Weizenrogg 275—280; Weizenmehl: 09h 255—260, 0 230—235, Nr. 1 193 bis 198, Nr. 4 165—170, Nr. 8 92—93; Roggenmehl: Nr. 0/1 200—205, Nr. I 188—190, Nr. II 101 bis 108, Nr. IV 87—89; Graupen Nr. 10—6 175 bis 220; Bruchtraupen 175—180, Grüne Nr. 0 195—200; Reis: Burma II 160—170, Moulmain 200—220; Bruchreis 140—155; Roggenmehl 65 % 190—195; kanadisches Mehl 305—310; Weizenkleie 71—72; Roggenkleie 74—75; amerikanisches Fett 880—890; Eier (per Schod): frühe böhm. und mähr. 34—35, frühe slowakische 33—34.

Sudetendeutsche Theaternot.

Unter dem Titel „Sudetentheater im Scheidewege“ beschäftigt sich Freig Seemann in der „Reichenberger Zeitung“ vom 7. August d. J. mit der Lage des sudetendeutschen Theaterwesens. Spät, recht spät kommt ein Blatt vom — wenigstens behaupteten — Range der „Reichenberger Zeitung“, die sich „Tagblatt für das deutsche Volk in Böhmen“ nennt, mit der Stellungnahme zu einer so wichtigen Kulturfrage des Sudetendeutschtums, nachdem sie jahrelang geschwiegen oder sich doch nur damit begnügt hat, jeden Theaterzusammenbruch, jede Theaterkrise einer sudetendeutschen Stadt, jedes Theaterwaisen zu verzeichnen. Wie in allen Kulturfragen, hat die Sozialdemokratie auch in der Sache des Theaterwesens schon längst versucht, mit aller Kraft dem Verfall entgegenzuwirken, im Bewußtsein der großen Bedeutung der darstellenden Kunst im Geistesleben der schaffenden und werktätigen Menschen. Ohne weiter zurückzukehren, sei hier nur erinnert an die gegen Ende 1930 auf Veranlassung unseres Parteivorstandes in Prag abgehaltenen Beratungen von sozialdemokratischen Vertretern verschiedener sudetendeutscher Theaterstädte unter Teilnahme von Vertretern des Bühnenbundes und den daraus hervorgegangenen, in unserer Tagespresse am 23. Jänner 1931 veröffentlichten Aufruf, der unter dem Titel „Um das Schicksal der deutschen Theater in der Tschechoslowakei“ sich in eindringlichen Worten an alle Werktätigen wendete und nach Kennzeichnung des Standpunktes des Proletariats zum Bühnenwesen, Schilderung der wirtschaftlichen und künstlerischen Lage unserer Theaterbetriebe sowie Aufzeichnung der wichtigsten Merkmale in einer Reihe bestimmter Forderungen Mittelte, deren Erfüllung der Behebung der Theaterkrise dienen sollte. Die bürgerliche Öffentlichkeit ist über diesen warmherzigen, von Verständnis und Liebe für unser Theaterwesen, das einen unentbehrlichen Bestandteil unseres Geisteslebens und kulturellen Daseins bildet und ein Stück unseres Volkstums ist, ohne das wir geistig verkümmern müssen, erfüllten Aufruf stillschweigend hinweggegangen und hat dem Theaterverfall weiter talentlos zugehört. Im Juliheft unserer wissenschaftlichen Monatschrift „Tribüne“ schreibt Genosse L. Goldschmidt mit allem Schreie aufrechter

Theaterleidenschaft und sozialistischem Pflichtbewußtsein für unser Kulturleben über „Sudetendeutsches Kulturtheater — eine sozialistische Aufgabe“, macht eine Reihe von Vorschlägen und verlangt vor allem die dringende weitere Behandlung der sudetendeutschen Theaterfragen durch unsere Partei im Zusammenwirken mit unseren Bildungs-, Gewerkschafts- und Kulturorganisation. Jetzt erst — soll man vielleicht vermuten, überhaupt erst angeregt dadurch? — meldet sich die Bürgerpresse mit den eingangs erwähnten Darlegungen Freig Seemanns zu Worte, der mit der Feststellung beginnt, daß die deutschen Theater in der Tschechoslowakei der kommenden Spielzeit mit Vangens entgegensehen und daß es sich um Sein oder Nichtsein handle; Tatsachen, die wir, wie oben vermerkt, schon lange erkannt und mit dem Streben nach Abhilfe behandelt haben.

Genau wie wir, sucht und findet Seemann die Ursachen für den sudetendeutschen Theaterverfall und das katastrophale Nachlassen des Theaterbesuches nicht nur in der Wirtschaftskrise, im Tonfilm, im Sport und Radio, sondern zu einem Großteil darin, daß „die Theaterleiter“ (Direktoren, Intendanten, Bühnenausschüsse) den Kontakt mit der Zeit, dem Publikum verloren“ haben, daß „die altersschwache Tradition zu sehr vorherrscht“ — Worte, mit denen wir, so oft wir sie mündlich und schriftlich kundgaben, bisher immer nur tauben Ohren predigten oder höchstens von den „Machgebenden“ zur Antwort bekamen, daß sie das besser verstehen als wir, „Theaterfremden“. Nun sie das von einem aus ihrem eigenen Lager bezeugt bekommen, werden sie vielleicht doch uns nicht mehr so ganz Unrecht geben ... ?

Daß Seemann die Zusammenhänge zwischen Theaterkrise und kapitalistischem Kulturverfall nicht aufzeigt oder nicht erkennt, die erste und tiefste Ursache des Verfalls und des Abgleitens des Theaters in seiner bürgerlich-kapitalistischen Betriebsweise nicht sieht, kann nicht weiter Wunder nehmen; aber auch er hebt als „um so trauriger“ ausdrücklich — wiederum in voller, fast wörtlicher Übereinstimmung mit unseren schon lange vorher entwickelten Gedankengängen — hervor, „daß nicht vielleicht die gerade jetzt so schwer geprüften sozialschwachen Schichten dem Theater abtrünnig geworden sind, sondern

daß gerade die immer noch kapitalistischeren Kreise dem Theater fernbleiben.“ Was wir immer gesagt haben: das Großbürgertum läßt das deutsche Theater im Stich! Und sehr richtig sagt Seemann, daß gerade jene Leute, die die deutsche Kunst am meisten auf der Zunge trugen gegen das Theater wetteten, die Repräsentanten der Gesellschaft usw. keine Stammgäste und Theaterbesucher, höchstens auf Freizeiten waren.“ Das ist nur allzu wahr; mußte ich es doch selbst erleben, daß in einer Beratung, in der es um die Gründung einer Theatergemeinde zur Förderung des Theaters, zur Besucherwerbung usw. ging, ein Konsul des Deutschen Reiches, ein Graf, also ein sogenannter Edler der Nation, als einziger Ausweg aus der Theaternot, als einzige Hilfe für das deutsche Theater nur vorschlugen wußte, die Oper aufzulassen —, mit der Begründung, eine Provinzbühne könne ohnehin eine würdige Ausführung einer großen Oper nicht herausbringen und wenn man eine solche sehen wolle, schaue man sie sich in Prag, Dresden, Wien oder Berlin an! Der amtliche Vertreter der Deutschen Republik zeigte sich also bar jedes Verständnisses dafür, was gerade die Pflege deutscher Kunst für das sudetendeutsche Volkstum und seinen weiteren Bestand bedeutet, daß das sudetendeutsche Volk zum weitans größten Teile aus solchen Menschen besteht, die nicht nach Prag, Dresden, Wien oder Berlin fahren können, um einmal eine Oper zu besuchen, aber doch wohl auch das Recht auf die Oper haben. Dabei sei nur nebenbei bemerkt, daß die Oper mit ihren wenigen Solofunktionen — Chor und Orchester werden ja auch für die Operette gebraucht — keinen so großen Aufwand (besonders bei der bekannten Höhe der Gehälter) erfordert, daß die durch die Entlassung dieser Kräfte zu erzielende Geldersparnis, die mit einer Erschwerung der Spielplanbildung, mit einer Herabminderung des künstlerischen und geistigen Ranges des Theaters und einer Vermehrung der Stellenlosigkeit erkauft werden müßte, auch nur einigermaßen entscheidend fühlbar werden könnte.

Seemann macht schließlich einige Vorschläge zur Besucherwerbung, die zwar nicht neu, aber doch dort zu beherzigen sind, wo sie vielleicht noch nicht erwogen wurden. Auf alle Fälle ist daran

festzuhalten, daß neben der tunlichsten geldlichen Sicherung der Theaterbetriebe eine der wichtigsten Aufgaben die ist, den Besuch zu heben. Alle geldlichen Opfer haben wenig Zweck, wenn die Theater leer oder halb leer sind. Deshalb ist das Hauptgewicht immer wieder auf die Besucherwerbung zu legen und es muß das erstrebte Bestreben aller am Theaterweien beteiligten Stellen sein, die Menschen in das Theater zu führen. Dazu gehört zeitgemäße Ausgestaltung des Werbewesens für das Theater, den Zeitgedanken Rechnung tragende Spielplanbildung, mögliche Erleichterung des Theaterbesuches durch die breitesten Schichten der Bevölkerung aus dem Theaterort und dessen Umgebung, Förderung des Theaters und seines Besuches bei allen Gelegenheiten und durch alle am Geistesleben teilnehmenden Stellen, Körperschaften und Menschen, die guten Willens sind, Heranziehung der zahlungsfähigen Kreise u. a. m.

Seemanns Vorschlag einer Theatersteuer (jeder Deutsche einer Stadt hätte 10 bis 20 K als Theatersteuer zu erlegen, die von der Stadt einzuziehen wäre und für die der Erleger das Recht zum Besuche einer am Anfang der Spielzeit zu veranstaltenden Werbdarstellung hätte) wird sich wohl kaum verwirklichen lassen, weil es da vermutlich allerlei Hindernisse rechtlicher, finanztechnischer, verwaltungsmäßiger und ähnlicher Art geben dürfte. Ob eine freiwillige Theaterabgabe, wie sie z. B. einmal in Leptschönau in Form eines freiwilligen Zuschlages zur Strom- und Gasrechnung eingeführt wurde, allgemein durchführbar wäre, müßte wohl erwogen werden, ebenso der Gedanke eines ausschließlich Theaterzwecken zuzuführenden geringen städtischen Zuschlages zu den Kino-Eintrittskarten.

Unbedingt sei aber auch an dieser Stelle nochmals die Anregung des Gen. Goldschmidt im Juliheft der „Tribüne“ unterstrichen, die Partei möge gemeinsam mit den Gewerkschaften und Kulturorganisationen dringende Tätigkeitspläne für das sudetendeutsche Theaterwesen ausarbeiten und seine Durchführung in Angriff nehmen. Die Rettung des Theaters vor dem Untergang ist eine der größten Kulturaufgaben des Sozialismus. Trachten wir diese Aufgabe zu erfüllen — wir leisten damit eine wertvolle, eine unvergängliche Arbeit im Dienste der geistigen Entwicklung des Proletariats!

Karl Löwit, Reichenberg.

Eingefendet.

Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank.

Der Verwaltungsrat der Anglo-Czechoslovakischen und Prager Creditbank hielt am 9. August 1932 die Bilanzung ab, in welcher der Abschluß für das Jahr 1931 vorgelegt wurde...

Die Bilanz weist folgende Posten aus: Aktiva: Barbestände und sofort fällige Forderungen bei dsl. Geldinstituten...

Table with 2 columns: Posten (Aktiva) and K (Kronen). Includes items like Barbestände, Wechsel, eigene Wertpapiere, Debitoren, Immobilien, and Transitorische Aktiva.

Table with 2 columns: Posten (Passiva) and K (Kronen). Includes items like eingezahltes Aktienkapital, Referwen, Pensionsfonds, Einlagen, Kreditoren, and Reingewinn des Jahres 1931.

Table with 2 columns: Posten (Verlust- und Gewinnkonto) and K (Kronen). Includes items like Zinsen, Kosten, Steuern, Abschreibungen, and Gewinne.

Table with 2 columns: Posten (Gewinne) and K (Kronen). Includes items like Gewinnvortrag aus dem Jahre 1930, Zinsen, and verschiedene Gewinne.

Zu den einzelnen Bilanzposten wird bemerkt: Auf Bilanzkonto verminderten sich die Barbestände und sofort fällige Forderungen bei dsl. Geldinstituten auf K 206,792,961.80...

gegen K 77,905,243.45 und Wechsel auf K 972,974,732.40 gegen K 429,016,741.65. Der Rückgang dieser Posten ist auf den geringeren Geschäftsumfang...

Die bei der Tschechoslowakischen Nationalbank belehnbaren Effekten stiegen von K 223,350,280.80 im Jahre 1930 auf K 324,124,066.95. Andere an tschechoslowakischen Börsen notierte Effekten ermäßigten sich von K 64,861,936.55 im Jahre 1930 auf K 30,918,132.70...

Einen bedeutenden Rückgang haben die Debitoren aufzuweisen. Durch Wertpapiere gedeckte Debitoren betragen K 60,817,980.65 gegen 220,094,279 Kronen 50 Heller im Jahre 1930...

Die Immobilien zu eigenen Zwecken zeigen durch Abverkauf einiger Objekte und durch Abschreibungen einen Rückgang von K 62,213,434.70 im Jahre 1930 auf K 57,604,885.40...

Das Inventar ermäßigte sich durch Abschreibungen von K 2,766,413.85 im Jahre 1930 auf K 1,206,001.—

Prager Zeitung.

Sonderausflug. Die Staatsbahn sagt den in der Zeit vom 13. bis 25. August angeforderten Sonderzug im Saniitätszug des Roten Kreuzes nach Karpatenrußland aus technischen Gründen ab. Als Ersatz dafür wird in derselben Zeit ein Sonderzug in den normalen Schnellzugswaggon zum Preise von 489 K für Verpflegung, Führung und Uebernachtung abgefertigt...

Gerichtssaal

Unzeitgemäße Justiz.

Die „Recht“-Sprechung am den 8. 144.

Prag, 9. August. Der Motivbericht des Justizministeriums zum Gesekentwurf über die Reform des Fruchtabtreibungsparagrafen hat ein gerabegu fürchterlich anmutendes Material über die mörderischen Auswirkungen dieses Mordparagrafen zusammengetragen, das von uns bereits seinerzeit eingehend gewürdigt wurde...

Behauf Verstärkung der Kapitaldeckung der Pensionsansprüche wurde der Pensionsfonds auf K 62,329,600.20 gegen K 54,259,262.05 im Jahre 1930 gebracht.

Die Einlagen gegen Einlagebücher und Kassenscheine zeigen einen Rückgang von K 1,345,331,988.75 auf K 1,177,205,287.45.

Die Kreditoren betragen K 2,061,950,811.90 gegen K 2,680,445,319.35 im Jahre 1930. Der Rückgang ist einerseits auf Rückzahlungen, andererseits auf Verwendung von stillen Reserven...

Die Bilanzsumme ermäßigte sich von K 1,538,245,550.45 auf K 3,500,755,249.10. Infolge der Reduktion der Bilanzfiguren verminderten sich auch die auf Verlust- und Gewinnkonto ausgewiesenen Erfolgsgiffern.

Der Zinsgewinn verminderte sich von K 71,085,457.35 im Jahre 1930 auf 56,811,493.65 Kronen, die Provisionen von K 41,638,885.75 auf K 35,114,544.65.

Durch die Stagnation des Börsen- und Devisenhandels erfuhr die Gewinne an Wertpapieren, Saluten und Devisen einen Rückgang von 6,215,932.85 Kronen auf K 3,403,806.25.

Die Gewinne aus Beteiligungen betragen K 2,065,880.40 gegen K 5,266,548.85 im Jahre 1930 und andere Gewinne K 5,041,775.95 gegen K 7,327,779.10.

Die verringerten Erwerbsmöglichkeiten veranlaßten die Bank, der Erzielung von Ersparnissen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es gelang ihr, die sachlichen Verwaltungsauslagen von 13,171,478.74 Kronen im Jahre 1930 auf K 10,291,474.10 und die persönlichen Verwaltungsauslagen von Kronen 87,301,560.75 auf K 71,128,248.20 zu restringieren...

In der Post Steuern, Gebühren und gesetzliche Beiträge erhöhte sich die Erwerbsteuer von K 1,883,840.75 auf K 2,010,269.50, die sonstigen Steuern und Gebühren verminderten sich infolge Umbuchung der Rentensteuer und anderer Gebühren auf Zinsen von K 8,109,810.55 auf K 1,485,132.80. Der gesetzliche Beitrag zum Spezialfonds beträgt nunmehr K 235,000.— statt K 587,500.—.

Die Abschreibungen vom Inventar ermäßigten sich infolge der vorjährigen außerordentlichen Abschreibung von K 4,000,000.— auf K 415,027.60, die Abschreibungen an Immobilien betragen K 2,539,401.40 gegen K 2,000,000.— im Jahre 1930.

stabe eines vorstufstulischen Gesetzes besteht. Die lange wird man diese Unmoral im Namen des Gesetzes noch dulden?

Wir haben uns bemüht, die krassesten Fälle dieses gesetzlich statuierten und herausgeführten Unrechtes in dieser Rubrik systematisch aufzuzeigen und nachzuweisen. Die Serie geht weiter. Der heutige Tag brachte zwei weitere Fälle vor dem Senat des CGR. Robotny zur Verhandlung.

Auf Details braucht man nicht erst einzugehen. Es ist das alte Lied. Die Fälle gehören keineswegs zu den schlimmsten ihrer Art. Die „Helferin“ ist keine von den „Großen“, keine von denen, die sich aus den Blutgroschen verzwweifelter Proletarierinnen Luxusautos kaufen. Sie hat nicht Tausende für die „Operation“ verlangt, wie ihre blutlangerischen Kolleginnen, die ihre Kundschaft durch Inzerate in der bürgerlichen Presse fördern. Nein; es ist eine Dorfschamme, die sich mit 80 Kronen für den Eingriff zufrieden gab. Was diesen Eingriff selbst betrifft, so war er natürlich „unsachmännlich und unsauber“ durchgeführt. Das ist die stereotype Charakterisierung im ärztlichen Gutachten. Und mit Schaudern erinnert man sich der statistisch belegten Feststellung des Motivenberichts, der eine Sterblichkeit von rund fünfzig Prozent bei den vor Gericht gekommenen Fällen nachweist.

Natürlich waren auch die (in diesem Fall mit dem Leben davongekommenen) Schwängerten angeklagt. Auch ihre Freunde, die ihnen das Geld zu dem Eingriff gegeben hatten. Es erging ein Roggen von Kerkerstrafen zwischen drei und sechs Monaten — freilich alle bedingt.

Sport • Spiel • Körperpflege

Von der Naturfreundetätigung in Bregenz.

Bregenz, 4. August. Heute morgen begannen die Verhandlungen der 12. Hauptversammlung. Der zweite Präsident der Internationale, der Genosse Hoppisch (Wien), gab einen eingehenden Bericht über die derzeitige Lage der internationalen Touristenvereinigung „Die Naturfreunde“.

Ueber die internationale wirtschaftliche Lage der Arbeiterchaft

Sprechen in einer öffentlichen Versammlung heute um halb 7 Uhr abends im Garten des Lidovy dum in Prag II. Sphernista 7, Edo Jimmen, Generalsekretär der internationalen Transportarbeiterföderation, Amsterdam, Cramp, Vorsitzender der S. I. F. England, Moggi-Japan, Döhring-Deutschland, Bidegaray-Frankreich, Zardelli-Italien, Gomez-Spanien.

sonders hervorgehoben zu werden verdient: die Sanctus-Expedition der Wiener Alpinistengilde und die vorzügliche Entwicklung der Untergruppen wie der Winterportler, der Wasserwanderer, der Jugendwanderer und der Lichtbildner. Nach reichlicher Besprechung wurden die Sitzungen gegen acht Stimmen angenommen. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, daß alle Reichsleitungen, Gane und Ortsgruppen die neuen Sitzungen anzunehmen bzw. einzutragen haben.

Bregenz, 5. August. Der letzte Tag des internationalen Naturfreunde-Parlaments in Bregenz land höchste Begeisterung und Ausbruch in dem Referat des Genossen Nationalrat und Präsidenten des Vereines Paul Richter. Er betonte, daß noch nie eine Hauptversammlung unter so ungünstigen Verhältnissen getagt hätte als wie die 12. Naturrende und seelische Not hätten alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt. Wir ständen am Wendepunkt zweier Welten und deshalb auch heute ein klares und eindeutiges politisches Bekenntnis zum Kampf um besseres Menschsein. Wenn wir auch diesen Kampf nicht nach einseitigen Parteibefehlen vollziehen können, so stehe die Naturrendebeziehung doch treu zur Fahne internationaler innerer Verbundenheit mit allen Völkern der Welt. Die Zeit sei längst vorbei, wo unser Verein nur die Aufgabe haben könne, den Menschen eine bessere Freizeitnützung zu geben, sondern sie müsse mit Hand anlegen, um das Freiheitsbanner aufzurichten. Tausende hätten noch eine Lebensweise die in den Erholungsstunden nicht der Förderung des Kampfeswillen dienlich wäre. Deshalb sei es Aufgabe der Naturfreunde, an alle heranzutreten, die sich eine neue Welt erobern wollen, um ihren uralten ewigen Wandertrieb zu organisieren, um sie mit einzufügen in die Reihen derer, die die Würde des Menschen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Leider hätten die derzeitigen Machthaber in Postill und Wirtschaft weiten Kreisen des Proletariats zu viel Freizeit gegeben, in der sie ein Leben der Verleumdung und des körperlichen und seelischen Hungers führen müßten. Man müsse aber staunen, daß es noch Proletarier gebe, die trotzdem im Glauben an besseres Menschsein nicht verloren hätten und trotz alledem noch Anteil haben wollten an den Schönheiten der Welt, indem sie, wenn auch nur mit trockenem Brot im Rucksack, aber mit naturfrohem Herzen, durch die Lande wandern, um Kraft und Stärke im Befreiungskampf der Arbeiterklasse zu finden. Die Naturfreunde wollen mit in dieser Linie stehen, wenn es gälte, das rote Banner der Freiheit zu entrollen. Brüderlich vereint wollen sie den Kampf führen, mit vereinigten Händen, so wie es symbolisch unser Abzeichen darstellt, als freie Menschen wollen wir in freie Berge ziehen und als freie Menschen wohnen und schaffen in freier Lande. (Brausender Beifall.) Dann nahm der geschäftliche Teil der Hauptversammlung seinen Fortgang. Die Zeitschriftenfrage wurde im Sinne der Zentralausschusses geregelt, den Erwerbslosen soll hinsichtlich der Beitragsfrage von seiten der Gane und Ortsgruppen nach Möglichkeit noch entgegengekommen werden. Eine Reihe von weiteren organisatorischen Bestimmungen fand durch meist einstimmige Beschlußfassung Annahme, ebenso wurde der Zentralausschuß mit einigen Personalveränderungen wiedergewählt, so der 1. Präsident Genosse Nationalrat Paul Richter, der 2. Präsident Genosse Leopold Hoppisch, ferner die bisher amtierenden Kassiere und Schriftführer sowie Beisitzer, die Genossen Ehrenstein, Cumerling, Bauerzaj, Flamm, Fischer, Müller und Spandel. Genosse Ludwig vom Gau Frankreich überbrachte die Grüße der französischen Genossen aus dem Elsaß, aber auch von den rein französischen Ortsgruppen und berichtete von einem Eindringen der Naturfreunde-Idee in die französischen Jugendgruppen. In seinem Schlusswort feierte Genosse Richter die großen Verdienste des Genossen Hoppisch, der in den nächsten Monaten sein 70. Lebensjahr vollendet und der seit der Gründung des Vereines als Schriftleiter und Sekretär des Vereines so unendlich viel für seine Entwicklung zum internationalen Verein von Weltbedeutung getan hätte. Mit dem gemeinschaftlichen Gesang der Internationale fand die 12. Hauptversammlung des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ einen erhabenden Abschluß.

Aus der Partei

Jugendbewegung.

S. I. F. Prag. Morgen in unserem Heim am Fragnerplatz Gruppenabend. Instrumente und Liederbücher mitbringen! Böhmisch-Ramitz-Fahrt haben zu erscheinen!

Druckort: Prag. Druck: „Recht“-Druckerei. — Preis: 100/1000. — Abbestellung: 100/1000. — Anzeigen: 100/1000. — Redaktion: 100/1000. — Druck: 100/1000. — Vertrieb: 100/1000. — Druck: 100/1000. — Vertrieb: 100/1000. — Druck: 100/1000. — Vertrieb: 100/1000.